

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 217 Amt Dönhofs 202 bis 207
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER



VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlegenheiten in Frankreich

Chautemps lehnt Herriots Nachfolge ab — Paul Boncour berufen

Eigener Bericht des „Vormwärts“

Paris, 16. Dezember.

Chautemps hat den Auftrag zur Neubildung der Regierung zurückgegeben. Sein Versuch, zwischen der These Herriots und dem Beschluß der Kammer in der Schuldenfrage eine Vermittlung zustande zu bringen, um Herriot für sein Kabinett als Außenminister zu gewinnen, ist gescheitert. Alle Fraktionen der Kammer beharren auf ihrem Standpunkt in der Schuldenfrage. Angehts dieser parlamentarischen Lage dürfte der Präsident der Republik nunmehr gezwungen sein, eine Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, die die Haltung der Kammer in der Schuldenfrage billigt.

Nach der Weigerung von Chautemps hat der Präsident der Republik dem bisherigen Kriegsminister Paul Boncour die Bildung des neuen Kabinetts übertragen. Paul Boncour nahm den Auftrag im Prinzip an und lehnte dem Präsidenten gleich sein Programm auseinander. Er verließ das Elysee um 10 Uhr mit der Erklärung, daß er heute Abend nur noch mit Herriot sprechen und nach weiteren Verhandlungen am Sonnabend dem Staatspräsidenten seine endgültige Antwort überbringen werde.

Kurz bevor Chautemps dem Präsidenten seine ablehnende Antwort überbrachte, war bekannt geworden, daß der Auswärtige Ausschuh der Kammer in einer offiziellen Sitzung es abgelehnt hatte, der Kammer eine andere Entscheidung über die Schuldenfrage zu unterbreiten, falls die amerikanische Regierung sich offiziell mit der Einberufung einer internationalen Schulden-

und Wirtschaftskonferenz einverstanden erklärt. Die anwesenden Mitglieder des Ausschusses waren einstimmig der Meinung, daß es nicht ihre Aufgabe sei, den gefassten Beschluß umzustößen, sondern die Aufgabe der Kammer, wenn die neue Regierung einen entsprechenden Antrag stellt.

Diese Haltung des Auswärtigen Ausschusses war schließlich entscheidend für die Weigerung Chautemps, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Amerika hofft auf französischen Umfall

Washington, 16. Dezember.

Zu Beginn der heutigen Senatsitzung erklärte Senator Harrison, der eine Rede über die französische Zahlungsverweigerung geplant hatte, daß er vom Staatsdepartement eine Mitteilung erhalten habe, die es ihm angezeigt erscheinen lasse, die Rede nicht zu halten. Nach Senator Borah, der heute ebenfalls über die Schuldenfrage sprechen wollte, nahm von seiner Rede Abstand.

Wie verlautet, hofft das Staatsdepartement auf Grund einer Unterredung zwischen dem französischen Botschafter Claudel und Simson, die gestern stattgefunden hat, daß Frankreich doch noch zahlen werde. Aus diesem Grunde will man gegenwärtig scharfe Äußerungen im Kongreß möglichst vermeiden.

Die Hoffnungen beruhen offenbar auf den Nachrichten aus Paris über die Bemühungen von Chautemps, ein roditales Kabinett zustande

zu bringen, das die Kammermehrheit dafür gewinnen wollte, ihren Beschluß von Mittwoch früh rückgängig zu machen. Inzwischen sind aber diese Versuche von Chautemps gescheitert.

Genf und Lausanne Auswärtiger Ausschuh

Der Reichstagsausschuh für auswärtige Angelegenheiten tagte am Freitag, um einen Bericht des Reichsaussenministers über die Abrüstungsfragen und das Lausanner Abkommen entgegenzunehmen.

Der Sitzung wohnten u. a. auch Staatssekretär von Bülow, Botschafter Radolun, Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk, zahlreiche Beamte des Auswärtigen Amtes und eine Reihe von Ländervertretern bei. Zunächst erstattete Reichsaussenminister Freiherr von Neurath einen Bericht über die außenpolitische Lage, besonders über die Lausanner Konferenz. Im zweiten Teil seines Vortrages beschäftigte sich von Neurath ausführlich mit den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk machte im Anschluß daran einige ergänzende Bemerkungen über das Abkommen von Lausanne. Dann begann die Aussprache im Auswärtigen Ausschuh, an der sich Vertreter fast aller Fraktionen beteiligten. Von Regierungsseite wurden die gewünschten Auskünfte erteilt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Zur Besprechung weiterer außenpolitischer Fragen, besonders der Ostfragen und handelspolitischer Fragen, wurde eine weitere Sitzung in Aussicht genommen, deren Einberufung dem Vorsitzenden überlassen wurde.

Faule Wechsel!

Ist das Hitlers Rettungsprogramm?

Seit zwölf Monaten erscheint in kurzen Zwischenräumen an den geduldigen Anschlagfäden der Großstädte immer wieder die mit Hakenkreuzen verzierte feierliche Versicherung der Nationalsozialisten: „Wir, wir allein bringen dem verelendeten deutschen Volke Arbeit und Brot.“ Vor den Reichspräsidentenwahlen, vor den Preußenwahlen, vor den beiden Reichstagswahlen, immer wieder leuchtete die vielversprechende Verheißung entgegen: „Arbeit und Brot! Nur die Nationalsozialistische Partei kann sie schaffen.“ Und als es zu den letzten Verhandlungen um Hitlers Kanzlerschaft kam, da versicherte „der Führer“ erneut, daß er ein kurzes Programm zur Rettung des deutschen Volkes in der Schublade habe, man brauche ihn nur bedingungslos zum Kanzler ernennen und die Rettung sei da. Immer wieder hat der „Vormwärts“ den Ruf nach Herausgabe des geheimnisvollen Programms erhoben und den „großherzigen“ Führer ermahnt, das deutsche Volk nicht herzlos verkommen zu lassen, weil er nicht Reichskanzler geworden sei, sondern das Rezept zur Heilung aller Not den Volksgenossen selbstlos zu verraten. Es blieb still im Wälderwald der sonst so gesprächigen Nazis. Zwar, der Führer gab neue „Richtlinien“ heraus, er legte Straßer ab und schränkte Feders Tätigkeitssfeld ein, er ernannte Kommissare und Inspektoren, er vervollkommnete seine Machtbefugnisse, er plagte sich wie ein Feldwebel um die neue Rangordnung und die Unterordnungsverhältnisse seiner Armee — aber vom Rang des Volkes keine Spur. Erst am Donnerstag im Haushaltsausschuh, ganz still und verstoßen, von der Doffentlichkeit kaum bemerkt und verzeichnet, ist einer der Barben, Abgeordneter Reinhardt, mit dem Programm herausgerückt, das die grundstürzende Umwälzung der deutschen Wirtschaft herbeiführen soll. Der Berg hat ein Mäuslein geboren, aber selbst dies Mäusleins Eigenschaften sind im Zwielicht der nationalsozialistischen Formulierung nicht genau zu erkennen. Nach dem „Völkischen Beobachter“ sind die Grundzüge der geplanten Rettung die folgenden:

1. Es werden an Stelle der bisherigen „Steuergutscheine“ sogenannte „Arbeitswechsel“ ausgegeben, und zwar ausschließlich an solche Personen bzw. Unternehmungen, deren Mitwirkung an einer Arbeitsbelegung nachweisbar ist.
2. Diese Arbeitswechsel müssen bis zu einem bestimmten Hundertsatz jede aus Lieferung fälligen Warenberechnungsbetrages von allen deutschen Unternehmungen in Zahlung genommen werden.
3. Das Mehr aus Steuereinnahmen bzw. Ersparnissen, das sich durch die Arbeitsbelegung bei Gemeinden und Ländern sowie aus Wehreinnahmen bei den Sozialversicherungskassen ergibt, ist zur Hälfte zur Schuldentilgung bzw. zur Vergabung öffentlicher Aufträge zu verwenden, zur anderen Hälfte an das Reich abzuführen.
4. Diese abgeführten Beiträge bilden zusammen mit den eigenen Wehreinnahmen des Reichs das „Aufkommensmehr aus Arbeitswechseln“, die wieder teilweise zur Einlösung solcher Arbeitswechsel, teilweise zur Schuldentilgung bzw. Steuerverrentung und zugunsten der Sonderhaushalte durch Verbesserung des Reichsfinanzausgleichs verwendet werden.

Soweit aus dieser formulierten Konfusion überhaupt etwas zu erkennen ist, haben wir es mit einem ausgewachsenen Inflationsprogramm zu tun, das der Doffentlichkeit hiernit präsentiert wird.

Die „sozialere Umgestaltung“ beginnt damit, daß die Milliardengehälter an die Befehlshaber, die jetzt in Form von Steuergut-

Generäle unter sich

Ein Kapitel von „Kameradschaft“

Als der General Eymann als Alterspräsident den Reichstag eröffnete, erregte der alte Herr einiges Aufsehen durch seine Angriffe auf Hindenburg, dem er mit dünnen Worten sagte, er verdanke seinen Marschallstab eigentlich ihm, dem Herrn Eymann.

General Schleicher, der als Reichskanzler sich dem Mikrophon anvertraute, hat diesen peinlichen Angriff in seiner Rundfunkrede milde zurückgewiesen und Hindenburg vor Eymann zu schützen gesucht.

General-Ober-Olaf Hitler, der gestern im Hause des Reichstagspräsidenten eine politische Versammlung abhielt — Teilnehmer waren die Mitglieder der Ratzifraktion des Landtags — hielt es für notwendig, Eymann vor Schleicher zu schützen, indem er sich mit dem ersteren solidarisch erklärte.

Ermutigt durch solche Tat, ging der Unterführer der Braunhosen, Kube, unter dem Schutz der Immunität gegen Schleicher mit schmerem Geschüh vor. In seiner „Kultur“rede, über die wir an anderer Stelle berichten, erklärte er unter anderem:

„Wenn auch die historische Persönlichkeit Eymanns weit über derartigen Angriffen steht, bleibt es doch tief bedauerlich, daß ein unbekannter Major des Weltkrieges mit diesen Angriffen nicht nur gegen den Alterspräsidenten des Deutschen Reichstags und des Preussischen Landtags, sondern auch gegen den weit älteren und verehrungswürdigeren Kameraden und seinen ihm weit überlegenen militärischen Führer Stellung genommen hat.“

Der Reichskanzler von Schleicher hat bei seinen Ausführungen das Wort „Kameradschaftlichkeit“ gebraucht. Ich frage Herrn Reichskanzler von Schleicher, ob er bei diesem Zitat, bei diesem Appell an die Kameradschaftlichkeit vielleicht daran dachte, wie er den Generalobersten von Seectunter Wasser torpedierte,

wie er den späteren Reichswehrminister Gehler kameradschaftlich zur Strecke brachte, wie er den Reichswehrminister Gröner rein kameradschaftlich zur Strecke brachte, wie er den Reichskanzler Brüning kameradschaftlich zur Strecke brachte und wie er den Reichskanzler von Papenebenfalls kameradschaftlich zur Strecke brachte. Vielleicht verleitet die Kameradschaftlichkeit Herrn von Schleicher dazu, mangels anderer Objekte für seine Unterwasser-torpedierung sich nun selbst zu torpedieren.“

General Schleicher hat nicht zuletzt dafür gesorgt, daß die SA wieder erlaubt wurde, nachdem Gröner sie verboten hatte. Wenn also Hitler und Kube in den neuen Treffenuniformen spazieren laufen dürfen, um sich als „Generale“ zu fühlen, so verdanken sie das im erster Linie Herrn von Schleicher. Es ist ein Zeichen ihrer Kameradschaftlichkeit, wenn sie dafür jetzt so hämisch über Schleicher herfallen, während sie doch wie Eymann Hindenburg meinen!

Parteitag

am 12. März in Frankfurt a. M.

Der Parteiausshuh trat, wie schon kurz gemeldet, am Donnerstag gemeinsam mit der Kontrollkommission zusammen, um die ersten Vorbereitungen für den kommenden Parteitag zu treffen. Der Parteiausshuh stimmte dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, den Parteitag am 12. März und an den folgenden Tagen in Frankfurt a. M. abzuhalten.

Der Parteitag wird ein Bekenntnis zu

den Lehren von Karl Marx sein, dessen 50. Todestag in die Zeit des Parteitags fällt. Der vom Parteivorstand vorgeschlagenen vorläufigen Tagesordnung für den Parteitag wurde zugestimmt. Den Auftakt zum Parteitag wird ein Referat des Genossen Hilferding über „Marx und die Gegenwart“ bilden. Einen politischen Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion wird Genosse Wels in einem Referat über die „Politik der Sozialdemokratie“ geben. Dann soll Genosse Aufhäuser über die „Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung“ referieren. Ueber die „Wirtschaftliche und politische Völkerverständigung“ wird Genosse Breitscheid ein Referat halten. Ueber die „Parteiorganisation und Parteifinanzen“ berichten die Genossen Vogel und Crummenert.

Zu diesem Tagesordnungspunkt soll der jetzige Vorsitzende des Sozialistischen Kulturbundes Genosse Grimme über die Tätigkeit des Sozialistischen Kulturbundes in der Zeit der jetzigen Kulturreaktion sprechen. Genossin Buchacz wird über die Frauenbewegung Bericht erstatten, während der Bericht der Kontrollkommission durch ihren Vorsitzenden Genossen Hengsbach gegeben wird. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission und die Beratung der Anträge werden sich anschließen.

In der Nachmittagsitzung befahte sich der Parteiausshuh mit den in der Presse vielfach erörterten Differenzen in der Frage der Stellungnahme zum Stälpnagel-Kuratorium. Diese Differenzen wurden in der Parteiausshuh-sitzung restlos beseitigt, so daß sie einen Streitgegenstand nicht mehr bilden.

Holland spart und löst seine Gesandtschaften in Wien, Warschau, Athen, Angora, Pishon und Regio auf.

scheinen ausgegeben werden, in voller Höhe beibehalten werden sollen.

Sie sollen nur einen anderen Namen — „Arbeitswechsel“ — bekommen und nicht allen Besitzenden unterschiedslos gegeben werden, sondern nur denjenigen Gewerbetreibenden, Hausbesitzern und Unternehmungen, die damit Ausbesserungen oder Erneuerungen ihrer Gebäude, Maschinen oder Geräte vornehmen. Außerdem sollen — und das ist der eigentliche soziale Anstrich — Arbeitslose und Sozialrentner auf Antrag „Bekleidungsbezugsscheine“ bekommen, die ebenfalls gegen Arbeitswechsel einlösbar sind.

Wie man sieht, sollen also nicht nur die Subventionen, die die Papen-Verordnung den Besitzenden in Form von Steuererleichterungen gegeben hat, in voller Höhe beibehalten werden, auch das ganze abenteurerhafte Finanzsystem der Regierung Papen und Schleicher, das die zukünftige Staatshaushalte auf schwerste vorbelastet, wird voll und ganz beibehalten, ja noch dadurch verhärtet, daß auch die Unterstützungen an die Hilfsbedürftigen zum Teil in der Form der famosen Arbeitswechsel auf Pump genommen werden sollen. Hitler macht also schon jetzt kein Hehl daraus, daß, wenn er zur Macht kommen sollte, er sich den Wahlversprechen aller regierenden Bankrotteure zu eigen machen würde: „Nach uns die Sintflut.“

In Wirklichkeit aber würde die Sintflut schon mit Hitler kommen. Denn das Razi-programm verbindet diese ganze Abenteuerpolitik der „Arbeitswechsel“ mit einem offenen Inflationsplan: Die Arbeitswechsel, die offenbar in ziemlich unbegrenzter Höhe geschaffen werden sollen, sollen nämlich den Charakter von gesetzlichen Zahlungsmitteln bekommen. Alle Unternehmungen sollen also verpflichtet sein, die Arbeitswechsel bis zu einem bestimmten Betrag als Zahlungsmittel anzunehmen. Da hätten wir also die berühmte Binnenwährung, die neben der schon bestehenden Währung geschaffen werden soll und durch die der Geldumlauf um Milliarden erhöht werden soll. Wenn das nicht Inflation ist, was in aller Welt ist dann Inflation?

Das ist also die „Rettung des deutschen Volkes“. Das ist das Rezept für „Arbeit und Brot!“ Für die Unternehmer neue Geschenke, für die Arbeiter entwertetes Geld, für alle die Inflation und für die öffentlichen Kassen Zukunftsmusik. Das war das sorgsam gehütete Geheimnis. Ein Gemisch von Scharlatanerie, Ignoranz und Demagogie, bei dem den Antragstellern selbst ein klares Bild der Wirkung kaum vorgezeichnet haben kann.

Es wird viel lange Gesichter geben bei denen, die gläubig an den Anschlagläusen standen, die längsten bei den Anhängern der Rationalsozialisten selbst, die ganz andere Rezepte zur Heilung der deutschen Not erwartet haben. Die Führer im Lager Hitlers aber wissen Bescheid: sie schicken ihre irreführenden Proleten auf die Straßen betteln — selbst die schmalen Groschen in den Sammelbüchsen sind ihnen ein sicherer Erfolg, als diese Spottgeburt eines Programms von Arbeit und Brot.

Besuch bei Warmbold

Gewerkschaften und Wirtschaftsprogramm

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, empfing Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold gemeinsam mit seinem Staatssekretär am Freitag die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, und zwar der Freien Gewerkschaften, der Christlichen Gewerkschaften und des Freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsrings. Ueber die zu dem Empfang herausgegebenen kurze amtliche Notiz hinaus hört das Nachrichtenbüro des VdZ. aus gewerkschaftlichen Kreisen, daß in dieser Konferenz die Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Handelspolitik, der Aufgaben der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz und der staatlichen Subventionspolitik eingehend erörtert wurden. Warmbold habe ausdrücklich den Gewerkschaften gegenüber darauf hingewiesen, daß vom Reichswirtschaftsministerium die Arbeitsbeschaffung auf das Wichtigste gefördert werde. Allerdings müsse man bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung daran festhalten, daß jede Kreditwürdigkeit da ihre natürliche Begrenzung finde, wo nicht die absolute Sicherheit der Währung gewährleistet sei. Man müsse zwar alles Denkbare in der Finanzierungsfrage tun, aber er billige den Standpunkt des Reichsbankpräsidenten, daß diese Maßnahmen nicht einmal dazu führen dürften, auch nur psychologisch die Stimmung einer Unsicherheit über die Währung aufkommen zu lassen. Die für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellende Summe stehe im Augenblick noch nicht endgültig fest. Zeitungs-meldungen, die von 1½ Milliarden sprächen, seien nicht fundiert.

Der Kampf ums Erdöl

Konflikt England - Persien vor dem Völkerbund

Zwischen England und Persien ist sozusagen über Nacht ein hochpolitischer Konflikt entstanden, der mit aller Deutlichkeit beweist, wie sehr der Frieden der kapitalistischen Welt von imperialistischen Gegensätzen bedroht ist. Imperialismus — das ist die Methode, mit der mächtige Kapitalisten-gruppen die Staatsmacht ihres Landes vor ihre Interessen spannen, um andere Länder auszu-beuten. Der Abwehrkampf der ausgebeuteten Länder gegen den europäisch-amerikanischen Imperialismus ist in den letzten Jahren sehr erfolgreich gewesen, da der Krieg eine völlige Um-wälzung in der politischen und wirtschaftlichen Welt herbeiführte und die imperialistischen Län-der schwächte.

Man kann die Tatsache, daß Persien an-scheinend ganz plötzlich der englischen Öl-gesellschaft, der Anglo-Persian-Oil-Com-pany, die Oelkonzession gekündigt hat, nur dann richtig würdigen, wenn man sie einreicht in die Kette von Ereignissen, die den

Befreiungskampf der asiatischen Länder

Charakterisieren. Die Konzession wurde im Jahre 1901 einem Neuseeländer William Knox D'Arcy, der als Goldsucher in Australien sein Glück ge-macht hatte, auf 60 Jahre erteilt. Im Jahre 1909 ging sie auf die neugegründete Anglo-Persian über. Es ist kein Zweifel, daß diese Konzession von Persien zu einer Zeit erteilt wurde, als die Engländer Persien als eine halbe Kolonie behan-deln konnten. Daraus erklärt es sich auch, daß in dem Konzessionsvertrag keine Kündigungs-möglichkeit vorgesehen ist. England ist formal, aber nur formal, im Recht, wenn es behauptet, daß Persien mit der Kündigung einen Vertragsbruch begangen habe.

Die Kündigung der Konzession, die in Teheran einen Freudentaumel und Volksfeste zur Folge hatte, ist der Endpunkt einer Reihe von Maß-nahmen, durch die sich Persien politisch selbstän-dig zu machen suchte. In den Jahren 1919 bis 1921 hatte England versucht, Persien ein Protektorat aufzuzwingen, um die Finanzen und die Wirt-

schaft Persiens in englische Verwaltung zu nehmen. Die persische Volksvertretung lehnte den Protektor-atsvertrag im Jahre 1921 ab, und die englischen Truppen räumten Persien. Es mag dahingestellt bleiben, ob dabei wirklich der Einfluß Sowjet-russlands eine Rolle gespielt hat. Großes Auf-sehen erregte es, als im Jahre 1928 den Aus-ländern in Persien alle Vorrechte genommen wurden. Im Jahre 1931 wurde der Telegraph von Europa nach Indien aus britischer in per-sische Verwaltung überführt. Und jetzt ist die letzte Position der Ausländer auf persischem Gebiet, die Oelkonzession, gekündigt worden.

Bezeichnend für die

Verquickung von Politik und Geschäft

ist die Tatsache, daß mehr als die Hälfte des Kapitals der Anglo-Persian im Besitz der eng-lischen Regierung ist. Die Anglo-Persian hat ein Verlorungsmonopol für die britische Flotte und ist damit zugleich ein Machtfaktor der englischen Staatsmacht in Vorderasien.

Als Begründung für sein Vorgehen hat Persien eine ganze Reihe von Punkten angegeben. Die Konzession sei erpreßt worden. Der Anteil der persischen Regierung am Gewinn sei nicht richtig berechnet und im Kriege unberechtigtweise über-haupt einbehalten worden. Das Recht auf Bürger-einsticht könne nicht ausgeübt werden. Vor allem verkaufe die Anglo-Persian das Oel in Persien viel teurer als in anderen Ländern.

Tatsache ist, daß die persische Regierung seit mehreren Jahren versucht hat, die Konzessions-beingungen im Verhandlungswege zu ändern. Versuche, die durch die Verschleppungspolitik der Anglo-Persian illusorisch gemacht worden sind. Die persische Regierung hat sich im Prinzip auch zu neuen Verhandlungen bereit erklärt, aber gegen den Druck der englischen Regierung protestiert.

Der Völkerbund soll entscheiden

England ist bisher in der tatsächlichen Behandlung des Streitfalls in Rechtteil gekommen. Es hatte

gedroht, das internationale Schiedsgericht im Haag anzurufen. Persien dagegen erklärte, sich einem Spruch des Haager Schiedsgerichts nicht zu unterwerfen, da es sich hier um einen Streit zwischen einer privaten Gesellschaft und einer Regierung handele. Zum Protest gegen den Druck der englischen Regierung hat Persien an den Völkerbundsrat appelliert, ein Umstand, der die englische Regierung veranlaßte, auch nach Genf zu gehen. Die Anrufung des Völkerbunds-rats erfolgt auf Grund des Artikels 15 der Völker-bundssatzung, der eine Streitfrage zur Voraus-setzung hat, die „zu einem Bruch führen könnte“. Der Völkerbundsrat wird schon in den nächsten Tagen über diesen Fall verhandeln und die Frage wahrscheinlich dem Haager Gerichtshof überweisen.

Im Hintergrund die Kreuzer!

Da England in dieser Angelegenheit sein ganzes Prestige eingesetzt hat, darf die Bedeutung der Angelegenheit nicht unterschätzt werden. Sollte Persien im Haag oder in Genf Recht bekommen, so könnte dadurch Englands ganze Politik in Vorderasien benachteiligt werden. Und schon kommen verschiedene Nachrichten, die von militä-rischen „Bewegungen“ Englands am Persischen Golf wissen wollen. Den Mannschaften der in Kalkutta stationierten Kreuzer soll der Wehrmachts-ursach gesperrt sein; der Befehlshaber eines englischen Flugzeuggeschwaders in Vorderindien unterhält mit dem Oberbefehlshaber des ost-indischen Geschwaders Besprechungen, die mit dem Oelkonflikt im Zusammenhang stehen sollen.

Wir glauben nicht, daß es zur ultima ratio, zur Lösung durch die Kreuzer, kommen wird. Denn so sehr England an den Gewinn, so stark ist Persien an der Arbeit der Anglo-Persian inter-essiert. Eine Stilllegung der Oelquellen würde Persien wirtschaftlich viel mehr schädigen als Eng-land. Daher werden sich beide Parteien früher oder später darauf einigen, die Konzessions-beingungen auf Grund einer Schiedsgerichts-entscheidung neu festzusetzen.

Mißbrauch des Burgfriedens

Der Junker als Polizeipräsident

Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen den deutsch-nationalen Polizei-präsidenten in Magdeburg im Preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Die Sozialdemokratische Partei in Magdeburg beabsichtigt vor einigen Wochen die Ab-haltung einer Funktionärskonferenz, an der 250 bis 300 Funktionäre der Partei-organisation teilnehmen sollten. Der deutsch-nationale Polizeipräsident von Magdeburg, Frei-herr von Nordenflücht hat die Abhaltung dieser Konferenz untersagt mit der Begründung, daß bei dem Zusammenkommen so vieler Menschen der Charakter der öffentlichen Veranstaltung nach den Bestimmungen der Verordnung des Reichs-präsidenten zur Sicherung des inneren Friedens schon gegeben ist.“

Derselbe Polizeipräsident, der hier unter Mißbrauch des Burgfriedens und unter Anführung von Scheingründen die Ab-haltung einer Mitgliederkonferenz der So-zialdemokratischen Partei untersagte, hat die Genehmigung für die Abhaltung einer national-sozialistischen Kundgebung am Sonntag, dem

18. Dezember, in Magdeburg erteilt, an der nach dem verfügbaren Verammlungsraum zu urteilen, mindestens 8000 Menschen teilnehmen können. Es ist aber nicht nur die Abhaltung der Kundgebung in geschlossenen Räumen in der Stadthalle und im Schützenhaus vorgeesehen, sondern es wurde auch noch ein Aufmarsch unter freiem Himmel auf dem Ehrenhof der Stadthalle genehmigt.

Gegen das durch nichts gerechtfertigte Verbot der sozialdemokratischen Funktionärskonferenz, wie auch gegen die unterschiedliche Behandlung der Ver-anstaltungen der Sozialdemokratischen Partei und der Rationalsozialistischen Partei durch den Polizei-präsidenten in Magdeburg erheben wir den aller-schärfsten Protest. Wir beantragen: Der Landtag wolle beschließen: Die Staats- und Polizeiorgane in Preußen haben für eine loyale und gleichmäßige Durchführung der Ver-ordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November und 18. November 1932 Sorge zu tragen und jede mißbräuchliche Anwendung und Auslegung zu unterlassen.“

SS. mit Bomben

Zuchthaus für Bombenleger

Kiel, 16. Dezember.

Das Kieler Sondergericht verhandelte wegen des Sprengstoffanschlags auf das Kieler Gerichts-gelände. In der Nacht zum 9. November wurde der SS.-Mann Siemsen dabei abgefaßt, wie er eine selbstgefertigte und mit Komperi-t-Sprengstoff gefüllte Bombe in einer Kellerfensteröffnung unter den Beamten-wohnungen des Kieler Gerichtsgeländes befestigte. Die Bombe war fertig zum Losgehen. Wären die Beamten nur eine Viertelminute später gekommen, so wäre ein entsetzliches Unglück wohl kaum noch zu vermeiden gewesen.

Die Kieler Razi-partei versuchte sofort nach der Verhaftung des Täters, Siemens Mitglied-schaft zur SS. zu bestreiten und ihn als gestes-trant hinzustellen. Das Mandat ist selbstster-ständig nicht gelungen. Siemsen ist der Sohn eines Kriminalkommissars aus Han-nover. Sein Vater ist als Balkenleger gefaßt. Siemsen selbst ist auch ein politischer Abenteurer. Während des Rapp-Putsch leistete er als da-mals 11jähriger Junge Spionage. Die Dienste für die Rappstingarde löwten. Da-bei wurde er durch einen Querschläger verwundet.

Später gehörte er zu dem Bifingerbund Sturmtruppe. 1930 trat er dann zur NSDAP. über. Er gehörte zunächst der SA. und dann der SS. ununterbrochen bis zu dem Attentat an Siemsen ist wegen politischer Vergehen viele Male verurteilt worden.

Das Sprengstoffattentat gegen das Ge-richtsgelände wird von Siemsen offen zuge-gaben. Es sind für ihn nur „politische“ Gründe gewesen, die ihn dazu trieben. Er wollte, wie er offen zugibt, damit die Regierung ein-schüchtern. Der Ausfall der Wahl hatte ihn enttäuscht und er glaubte, daß nur noch auf dem Wege des Terrors die Verhältnisse in Deutschland geändert werden könnten.

Das Sondergericht verurteilte den SS.-Mann Siemsen zu 1½ Jahren Zuchthaus. Der Sprengstoff, dessen Herkunft Siemsen nicht ver-raten wollte, wurde eingezogen.

Papen lobt Schleicher

Festessen im Herrenklub

Der „Herrenklub“, der uns die Regierung der Barone beschert hat, veranstaltete gestern bei Kroll ein großes Festessen, wie es sich an-gesichts der Volksnot geziemt.

Als Ehrengäste nahmen der frühere Großherzog von Mecklenburg, Her-zog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Prinz Georg von Meiningen, Fürst zu Stolberg-Kohla, Fürst zu Kniphausen und Fürst Schönburg-Waldenburg teil. Heer und Ma-rine waren durch General von Frisch und Vizeadmiral Freiherr von Trenberg sowie zahl-reiche Offiziere vertreten.

Zußerdem wurden Vertreter der Reichs-regierung und der Preußenkommisare als Gäste aufgeführt.

Der schnell verblühte Fünfmonats-Kanzler von Papen hielt die Festrede, in der er das Pro-gramm seines „Freundes und Nachfolgers“ Schleicher ebenso lobte, wie dessen Klug-heit, Sachkenntnis und Energie. Schleicher und seine Mitarbeiter verdienten volles Vertrauen des Herrenklubs.

Die bewaffnete SA.

Es ist nicht wahr, daß Hitlers SA. eine un-bewaffnete Truppe ist.

Wie sich vielmehr jeder Berliner überzeugen kann, ist die SA. mit Büchsen ausgerüstet und übt sich täglich im Fechten. Jo.

Der Völkerrats des Reichstages ist für Montag, 4 Uhr, einberufen worden, um über den Antrag der Kommunisten zu entscheiden, der die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt.

Die Unkultur am Branger

Abrechnung mit Nazi- und Zwickel-„Kultur“

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagsung standen die Anträge zu Kulturfragen (mit Ausnahme von Schule und Kirche), insbesondere die Brachische Badehofenverordnung und die Anträge der Nationalsozialisten auf erleichterte Einbürgerung Deutschstämmiger und Vergeltungsmaßnahmen gegen die Tschchoslowakei für die Verfolgung deutscher Nationalsozialisten.

Abg. Kube (Nso.): Wir lehnen den marxistischen Glaubenssatz von der Gleichheit alles Dessen, was Menschenantzig trägt, ab. Unser Sozialismus heißt Gerechtigkeit für alle Deutschblütigen. Auch die 30 Millionen Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen sind für uns ohne weiteres Reichsbürger. Wir verlangen für alle Deutschblütigen ohne weiteres die Verleihung der Reichsbürgerchaft. Wenn wir hier in Preußen das Einbürgerungsrecht nehmen wollen, so werden wir auf der anderen Seite nie und nimmer zugeben, daß Preußen zum Reichsland herabgedrückt wird. Wir wundern uns außerordentlich, daß die deutsch-nationalen Hauptvertreter der preußischen Tradition Preußens Eigenstaatlichkeit aus politischen Rücksichtserwägungen so leicht hin aufgeben.

Schleichers gestrige Rundfunkrede

enthält nur einen vernünftigen Satz, daß er bald verschwinden möchte. Offenbar ist er mit seinen Reden nicht mehr so in Ordnung wie damals, als er Brüning und Brüner torpedierte. (Heiterkeit und Beifall bei den Nationalsozialisten.) Auf Schleichers Kameradschaft auf Zeit fallen mir bestimmt nicht herein. Er hat mir einmal erzählt, er habe Koste im Amt gelassen, weil der als alter Chef der Reichswehr noch heute Sympathien in bestimmten Offizierskreisen hätte. Wahrscheinlich bei den Herrn Adjutanten und den Offizieren vom Büro, die sich damals mit Koste's Hilfe auf den Boden der Tatfachen fanden. Für uns spielen solche Sentimentalitäten keine Rolle, für uns ist Koste ein Novemberverbrecher wie alle Sozialdemokraten. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Aber in Wahrheit hat ihn Herr Schleicher ja nur gelassen, weil er sowieso an der Altersgrenze steht. Dafür machen die Deutschenationalen jetzt nach Art des Herrn Reichshof personalpolitische Eroberungen. (Heiterkeit.) Wir fordern trotz der Reichskommissare die Bildung einer neuen Regierung. Wir haben nicht den Kampf um Preußen gefämpft, um es jetzt den Reichskommissaren zu überlassen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Möller-Halle (Soz.)

Die vielen Lebenswürdigkeiten, die Herr Kube dem Reichstanzler von Schleicher, den Deutschenationalen und dem Zentrum hat spenden müssen, haben ihn leider verhindert, uns auch etwas Näheres über die inneren Vorgänge in der RSDAP mitzuteilen. (Heiterkeit links.) Er hat erklärt, die RSDAP fühle sich gesund und kräftig. Ja, woher kommen dann die Krankheitsurteile? (Große Heiterkeit links.) Und wo waren die Beweise der Kraft im Reichstag, den die Nationalsozialisten auf unbestimmte Zeit verjagt haben, ohne eine Abstimmung gegen Schleicher zu wagen; ich nehme an, daß sie nach der heutigen Kube-Rede das schleunigst nachholen werden. (Ein Naziabgeordneter ruft: Bestimmt! Jawohl! — Stürmische Heiterkeit.) Ich nehme von dieser nicht authentischen Erklärung Kenntnis und warte die offizielle Bestätigung ab. Aber ich bitte die Nationalsozialisten wirklich, uns selbst zu informieren und uns nicht länger zu zwingen, der „Schwarzen Front“ eine Massenauflage zu verschaffen. Der Ton der Kube-Rede hat mich heute ein wenig an die Klagelieder Jeremia erinnert; nach der drohenden Abgabe Hugenbergs kann ich Ihnen das nachfühlen. (Andauernde große Heiterkeit.) Schade, daß Kube den Briefwechsel zwischen Kerl und Winterfeldt über die neue Preußenkoalition nicht vorgelesen hat. (Vizepräsident Lohse: Dieser Briefwechsel gehört doch aber wirklich nicht zur Kultur. — Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.) Wie steht es jetzt eigentlich zwischen Deutschenationalen und Nationalsozialisten? Köhren sie wieder zu den Juristen der Frau von Watter oder zu denen an den Abgeordneten Steuer zurück? (Zuruf links: Ausgesteuert! — Erneute Heiterkeit.) Dem Reichstanzler von Schleicher hat Herr Kube unter anderem vorgeworfen, er habe die Lösung der Stehlung — Bauerndorf an Bauerndorf von der Ostgrenze bis zur Elbe — einem seiner Artikel entziehen. Wir stehen gegen Herrn von Schleicher; aber geistige Anleihen bei Kube, nein, das trauen wir ihm nicht zu, das wäre zu hart. (Große Heiterkeit.) Im übrigen stammt diese Formulierung weder von Schleicher noch von Kube, sondern von Friedrich Raumann, und der „marxistische Glaubenssatz“ von der Gleichheit alles Dessen, was Menschenantzig trägt, hat Johann Gottlieb Fichte zum Vater. (Erneute Heiterkeit.) Uebrigens gehört wirklich in allen diesen Beziehungen die Kube-Rede nicht zur Kultur.

Die Badepolizeiverordnung

ist trotz aller Proteste am 1. November in Kraft

getreten. Herr Oberregierungsrat Kerstin läßt nicht vom Zwickel. Mit echtem Zetoteneifer hat er sich auf den dreieckigen Stoffteil im Schritt gestürzt, und da seinerzeit der große Kurfürst die Bluderhofen verboten hat, will er ihm wenigstens in seiner Bemühung um die Badehofen gleichzukommen suchen. Wir würden Herrn Bracht empfehlen, Badehofen überhaupt nur mit besonderer Konzeption zuzulassen; nur dann hat er die Sicherheit, daß sie auch vorfahrtsmäßig sind.

Wir empfinden es als der deutschen Kultur unwürdig, daß Millionen Hunger leiden, daß Löhne und soziale Unterstützungen ständig weiter gekürzt werden.

Wir empfinden es aber auch als unwürdig und beleidigend für das deutsche Volk, daß man ihm die Sittlichkeit nach Zentimetern zu messen möchte. Die Badepolizeiverordnung bestimmt, daß Brust und Leib an der Vorderseite des Körpers der weiblichen Badenden voll bedeckt sein müssen. Gibt's für Herrn Kerstin denn auch Brust und Leib an der Hinterseite? (Zuruf bei den Kommunisten: Röh'n fragen!) Ich kann darüber ruhig sprechen; ich bin ja Sozialdemokrat und nicht Nationalsozialist. (Heiterkeit.) Wir empfinden den Zwickelersatz wirklich nicht als lächerlich, sondern schämen uns für das deutsche Volk, daß die jetzt triumphierende Reaktion es auch mit solchen Albernheiten schikanieren kann. (Lebhafte Zustimmung links.)

Zur Frage der Auslandsdeutschen:

Wir verurteilen jegliche Unterdrückung nationaler oder sonstiger Minderheiten.

Aber die Nationalsozialisten, die selbst die wütesten Ausländer- und Judenhege treiben, die selbst Rohheit und Blutvergießen in Deutschland verbreitet haben, haben kein Recht zur Klage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lärm bei den Nationalsozialisten.) Sozial Mord und Brutalität im politischen Kampf wie jetzt hat es in Deutschland vor dem Auftreten der Nationalsozialisten niemals gegeben. Ihnen fehlt das Kulturniveau, ihnen fehlt die sittliche Reife, um Recht und Freiheit für die Auslandsdeutschen zu erstreiten. Und warum haben Sie in Ihren Anträgen Südtirol wieder einmal völlig vergessen? Spielen Sie immer weiter den Judas Ischariot am deutschen Volke in Südtirol? (Großer Lärm und wilde Beschimpfungen bei den Nationalsozialisten.) Leugnen Sie doch nicht! Das Wort Adolf Hitlers, daß bei Südtirol alle Spießer sich regen, steht doch einmal fest. Vor mir liegt die Erklärung der Deutschösterreichischen Arbeitsgemeinschaft für Südtirol, in der es heißt: „Die zynisch-treue Art, in der Herr Hitler und seine Partei über die Leiden Südtirols hinweggehen, hat uns mit bitterem Schmerz und tiefer Empörung erfüllt. Es mangelt ihm auch die bescheidenste Sachkenntnis, um überhaupt über Südtirol sprechen zu können.“ Es bleibt dabei, daß Sie aus Rücksicht auf den Faschismus Südtirol preisgegeben haben, und damit ist Ihre ganze

Die Blamage im Funk

Es folgt das Kapitel Theater und Rundfunk.

Abg. Otto Meier-Berlin (Soz.):

Die Nationalsozialisten haben die Entfernung aller Ausländer und Juden von den Staatstheatern und vom Rundfunk verlangt. Keinerlich allerdings nur noch „soweit als möglich“. An den deutschen Bühnen sind, soweit sie die Statistik erfasst hat, 882 Ausländer beschäftigt, darunter 88 Deutschösterreicher, 76 Deutschböhmern aus der Tschchoslowakei, 44 Schweizer und 45 Ungarn. Sie alle gehören im Sinne der deutschen Kunst zu einheitlichen deutschen Kulturgemeinschaft. Unter den Rundfunkangestellten sind 1 1/2 Proz. Ausländer, meist Dreifachmittelspieler. Aber einige tausend deutsche Musiker verdienen sich im Ausland ihr Brot. Von den Schauspielern und Musikern in der Schweiz sind 90 Proz. Reichsdeutsche, in Deutschösterreich rund 40 Proz., an den deutschen Theatern der Tschchoslowakei 64 Proz., an den Theatern in Memel und Riga praktisch 100 Proz. Die Theater in Lachen und Saarbrücken leben von den Gastspielreisen in die deutschsprachigen Bezirke des Auslands. Das Theater in Freiburg hat in dieser Spielzeit allein 60 Gastspiele auf französischem Boden gegeben. Die Aktion der Nationalsozialisten riefte also hinaus auf schwerste Schädigung deutscher Künstler und deutscher Kunst. (Sehr wahr! links.)

Und wie steht es mit dem Feldzug gegen die „Kritikfremden“? Die Nationalsozialisten haben im Hauptanschuh Leo Blech als Vermittler echter deutscher Kunst geehrt; sie haben Helene Mayer als echtes deutsches Mädchen gerühmt, Selbst der „Angriff“ hat Bruno Walter und Ferdinand Brückner gelobt. Aber ihre „Antikritikerei“ hat ihnen nicht verraten, daß das alles Juden sind! Selbst bei Duxterberg haben sie es ja erst zu spät gemerkt. Uns kommt es auf den Wert der Leistung an, nicht auf die Konfession des Künstlers. Herr Kube hat heute erneut Reichspräsidenten und Reichstanzler daran erinnern

Drängelei bei Hitler

„Heute begnügen wir uns mit der kurzen Tatsachenschilderung, daß alle Bonzen und Bönzchen (nach Gregor Straßers Sturz) angstvoll um die Futterkrippe drängten und Herrchens Hände leckten, der die Tröge füllt!“
Otto Straßer



„Wie spricht der brave Unterführer?“ — „Wauwau, heil Hitler!“

Auslandsdeutschenbegeisterung als Scheinheiligkeit erwiesen. Aber es hat uns wenigstens amüsiert, daß Sie zur Abhilfe der Bedrückung der Deutschen in der Tschchoslowakei eine Beschwerde an den Völkerrund empfehlen. (Heiterkeit.) Im übrigen werden Ihre Schwähereien und Drohungen das arbeitende Volk nicht hindern, mit der tatsächlichen Gefahr noch gründlicher aufzuräumen als schon gesehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kasper (Komm.) liest frühere Artikel des Abg. Kube vor, in denen er den General von Schleicher verherrlicht und das Zentrum mit beschimpft!

Abg. Graf Galen (Z.): Die Badepolizeiverordnung war fädelich unglücklich formuliert. Aber Ausschreitungen auf diesem Gebiet hat in der Tendenz auch schon Minister Severing bekämpft.

Abg. Dr. Hönig (Z.): Unsere Politik für die Auslandsdeutschen untersteht sich im Prinzip von der der Nationalsozialisten. Auch wir pflegen die Kultur- und Volksgemeinschaft mit ihnen; aber wir verlangen auch, daß die Auslandsdeutschen ihre Pflichten gegen den Staat erfüllen, in dem sie leben.

sprechen. Wie war der Rundfunk unter dem alten „System“ so engherzig und einseitig; er war liberal und hat der Arbeiterklasse eine sehr bescheidene Parität zugestanden. Jetzt hat man ihn den Rundfunk ganz gesperrt, und dafür haben wir achtzigmal Papen und achtmal Gayl hören dürfen. Rundfunkfremde Birotroten haben das Regiment angetreten, die kenntnisreichen Rundfunkpraktiker hat man hinausgeworfen. Die neuen Richtlinien sind erlassen worden, ohne die Rundfunkleiter überhaupt zu fragen.

Nichtswisser und Nichtstönner haben die Männer ersetzt, die von der Eigengeschlichkeit des Rundfunks erfüllt waren.

Ein neuer Spartenkommissar schnüffelt jeden Pfennig nach, läßt aber die Gehälter der Abteilungsleiter um jährlich 6000 M. erhöhen. So ist der deutsche Rundfunk ein Instrument der Kulturreaktion geworden. Unser Kampf gegen die autoritäre Staatsführung, unser Freiheitskampf für das deutsche Volk ist auch ein Kampf um das Kulturniveau des deutschen Rundfunks. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kerff (Komm.) erinnert daran, daß auch das Zentrum im Hauptanschuh mit den Nationalsozialisten gegen das „Ueberwuchern“ semitischer Elemente gekämpft habe.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmungen werden auf die Januartagung verschoben. Der Landtag vertagt sich bis zum 17. Januar.

Vor der Amnestie Prozeß in Eberswalde

Die Beweisaufnahme im Oberberger Prozeß vor der Strafkammer in Eberswalde ist gestern geschlossen worden. Sie hat mit aller Deutlichkeit ergeben, daß die Schuld an den Zusammenstößen am Himmelfahrtstage in Oberberg einzig und allein die Nazis tragen. Ihr provokatorisches Verhalten hat dazu geführt, daß nun elf Reichsbannerleute sich teils wegen Vandalenfriedensbruchs in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung, teils wegen Widerstandes zu verantworten haben.

Die Verhandlung wurde gestern auf Mittwoch vertagt. Das Gericht will das Ergebnis der Reichsratsung in der Amnestiefrage abwarten, um entweder das Verfahren am Mittwoch einzustellen oder es nach Weihnachten zu Ende zu führen.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Joachim ist gestern der Reichsbannermann Jung, der bereits sieben Monate in Untersuchungshaft saß, endlich aus der Haft entlassen worden.

In dem Verfassungskampf um die Pflicht des Landtagspräsidenten, den Landtag einzuberufen, wenn mehr als ein Fünftel des Parlaments das verlangt, hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich die Urteilsverkündung auf nächsten Dienstag angelegt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte den Staatsgerichtshof angerufen, um den Mandatieren des Herrn Kerl einen Riegel vorzuschleichen.

Schenk vom Guten stets das Beste Schenke Hag zum Weihnachtsfeste



Die schönen neuen
Weihnachts-
Dosen gefüllt:
RM 1.70
Überall zu haben!

Neue Friedrichstraße 99

Ein toller Wohnungskandal in Alt-Berlin!

Die armen Menschen in den ehemaligen Gefängniszellen der Stadtvogtei, das schon bisher der Gipfel des Berliner Wohnungselends zu sein, aber gegen das Haus Neue Friedrichstraße 99 — nicht weit von der Waisenbrücke — ist man versucht, die alte Wanzenburg am Kolonnenmarkt als Prunkbau zu bezeichnen. Die Tatsache, daß es Hauswirtsleuten wagen dürfen, für schweres Geld derartige Wohnhöhlen zu vermieten, die Tatsache, daß es eine Baupolizei gibt, die solche Häuser für bewohnbar hält, ist ein einzigartiger Skandal!

Das Haus Neue Friedrichstraße 99 ist etwa 200 Jahre alt. Es rangiert bereits unter die Objekte der Sehenswürdigkeit. Sonntags, vormittags, wenn die Bezirksämter ihre Wanderungen durch Alt-Berlin abhalten, wird auch dieses Haus gezeigt. Einestheils der Hofgalerien wegen, die das Haus ähnlich wie die Krögelhöfe besitzt, andererseits der alten Stadtmauer von Berlin wegen, die über den Hof läuft. Aber — so berichten die Hausbewohner —, wenn Sonntags die Besucher kommen, dann vergeht ihnen der Sinn für alle Sehenswürdigkeiten, dann schlagen sie die Hände über dem Kopf zusammen, daß in diesem Haus noch Menschen wohnen müssen. Dabei stehen sie nur auf dem Hof und sehen das Äußere. Wenn sie erst in die Wohnungen gingen, packte sie das Entsetzen.

Zwei Aborte für 45 Menschen

In diesem zweistöckigen Haus wohnen 22 Mietparteien mit insgesamt 45 Personen. Für diese 45 Menschen befinden sich auf dem Hof zwei Klosetts. Die Klosetts werden jedoch noch mitbenutzt von den Gästen einer im Hause befindlichen Gastwirtschaft. „Alle haben wir uns da schon die Hufe geholt“, klagten die bedauernswerten Hausbewohner. Das Haus selbst hängt nur noch schwach mit dem Nebenhause zusammen. Im Laufe der Jahre hat sich ein tiefer Spalt zwischen den beiden Häuserwänden aufgetan, der von oben bis unten mit Schutt angefüllt ist. Die Dachziegel sitzen so locker, daß bei heftigen Windstößen einer nach dem anderen hinunterfällt. Den

Leuten unter dem Dach regnet es natürlich in die Wohnung. Seit etwa 10 Jahren steht das ganze Haus — trotzdem es neu betankt wurde — vollkommen schief. Das ist eine Folge des Untergrundbahnbaues. Ständig kaffen in den Wänden der Wohnungen neue Risse auf. Manche Mieter machen sich die Mühe und putzen sich die Wände, aber nichts hilft. Auch der Putz, von Fachleuten angebracht, bekommt sofort wieder Risse.

Schiefe Fußböden, hängende Decken

„Wenn wir in die Wohnung treten, kommt es uns vor, als wären wir betrunken“, erzählen die Hausbewohner. In der Tat: Es ist ein toller Anblick, in eine Wohnung zu sehen, deren Dielen schief liegen als der Glockenturm des Doms von Pisa. Unter die eine Seite ihrer Bettpfosten haben die Leute Klöße gelegt, damit die Betten wenigstens gerade stehen und die Menschen des Nachts nicht hinaussinken. Natürlich hängen alle Türen und Fenster. Damit die Türen wieder notdürftig schließen, haben die Männer dicke Leisten auf die Türkanten genagelt. Mit den Fenstern dagegen löst sich nichts machen. Eine Frau wollte das Fenster aufmachen, da hatte sie auch schon den ganzen Fensterlägel in der Hand, weil die Angeln verrotzt und die Verkleidung vermodert waren. Die Decken sehen aus, als hätte jemand lose ein Bettlaken aufgespannt, so beuteln sie und es ist eigentlich ein Wunder, daß sie noch nicht in die Stuben und den Kindern auf die Köpfe gefallen sind. Wenn man in diesem Haus die Treppen hinaufgeht, dann kann man vom ersten Stock gleich in den zweiten sehen, so große Löcher sind in den Treppen. Dazu tiefe Löcher im Boden der Treppentritte, daß jedermann Gefahr läuft, Hals und Bein zu brechen.

Krank vor Hunger

Aber das ist alles noch gar nichts. Auf jeder Galerie befindet sich eine Wasserleitung. Mit dem Hahn kann man nebenbei wackeln wie mit einer Wetterfahne. Neben dieser Leitung hat

eine Frau ihre Küde. Wenn diese Frau auf den Hof gehen will, dann braucht sie das nicht durchs Fenster zu tun, sondern sie hebt einen Stein aus der Wand und — sieht durch das Loch auf den Hof! Das sind die Wände des Hauses Neue Friedrichstraße 99. Die unglückliche Frau, die in dieser Wohnung hausen muß, lag im Bett, als wir kamen. Mühsam erhob sie sich und machte das Experiment mit dem aus der Wand zu nehmenden Stein vor. Außer ihr waren noch vier kleine Kinder in der Wohnung. Die Frau war dem Umfallen nahe. „Ist sie krank?“ fragten wir nachher. „Krank?“ antworteten die Hausbewohner, „Hunger hat die Frau, kein Mensch hat dort seit heute früh etwas im Magen. Bei uns können Sie Rot kenne lernen!“ Die Frau bezahlt für diese „Wohnung“ monatlich 32,35 Mark Miete.

Küchen sind dunkle Verliese

Dann die anderen „Küchen“. Oft liegen diese Küchen zwischen zwei Stuben; sie haben also kein Fenster und sind stockdunkel. Es ist unerträglich, wie die Frauen um 1700 gekocht haben. In den noch älteren Häusern der Fildersstraße gibt es genug ebensolche Küchen. Da das Haus keine Wassertoilette hat, muß auch in diesen Küchen gewaschen werden und alle Stuben schlagen voll Wasserdampf. Die Dielen sind von Würmern zerfressen. Wo es ganz schlimm war und alles durchzubringen drohte, hat man die Rigen mit Zement ausgegossen. Das heißt Rigen von 10 Zentimeter Breite. Aufwischen, sagt die Frau, kann sie im Winter überhaupt nicht, dann bleibt ihr die Kälte vier Wochen im Holz. So klagt jeder sein Leid, aber das Allerletzte war doch bei einem Mann zu sehen: Der hatte einen Schrank gegen die Wand gestellt, damit sie nicht einfällt! In der Neuen Friedrichstraße 99 hatten die Möbel die Wände.

Zu diesem beispiellosen Fall hat nur eine Behörde das Wort: die Staatsanwaltschaft. Hier hilft nur rücksichtsloses, schnelles und gründliches Vorgehen.

In wenig Worten

Bei dem gestrigen Zugunglück im Bürgener Hauptbahnhof wurden nach den letzten Feststellungen 21 Personen leicht verletzt. Unter ihnen befinden sich 19 Reisende und zwei Schaffner. Keiner der Reisenden hat in ein Krankenhaus eingeliefert werden müssen. Sie haben alle die Reise unmittelbar fortgesetzt. Berliner sind nicht unter den Verletzten.

Am Berliner Polizeipräsidium stellte sich gestern der 24 Jahre alte Elektromonteur Hermann Claas mit der Selbstbezichtigung, vor genau vier Wochen in Dahlem eine Brandstiftung verübt zu haben, der bald danach eine zweite gefolgt war. Das eine Mal handelt es sich um die Villa eines Stadtkretars in der Köhlische Straße 18, das andere Mal um eine Laube und einen Geräteschuppen im Riebiweg 7, die einem Berliner Stadtverordneten gehören und vollkommen niederbrannten. Die Angaben stimmten. Claas schilderte alles ausführlich. Nur auf die Frage „Warum?“ verweigerte er jede Auskunft. Die Polizei ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Bei Hohenwarthe (Regierungsbezirk Magdeburg) fuhr ein Motordampfer einem im Schleppe des Dampfers „Deutschland II“ geführten Lastkahn, der 4000 Zentner Zucker geladen hatte, in die Planke. Der Lastkahn sank. Die Ladung ist vernichtet.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Ziemlich mild, dunstig, wechselnd bewölkt, teils aufheitend, nur unbedeutende Niederstürze, mäßiger südwestlicher Wind. — In Deutschland: Im Küstengebiet der Nord- und Ostsee frische bis stürmische südwestliche Winde, wechselnd bewölkt mit etwas Regen, in Mitteldeutschland ziemlich mild, dunstig bis neblig, wechselnd bewölkt, teils heiter, nur unbedeutender Niedersturz, in Süddeutschland verbreitete Nebel, sonst ziemlich heiter.

In der Scala findet heute, Sonnabend, 1/12 Uhr, eine Nachtparade statt unter Mitwirkung hervorragender Artisten, Künstler und Dichter. Der Ertrag fließt ungekürzt den Wohltätigkeitsfonds des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller zu.

Weihnachtsmarkt bei Karstadt

Ein lustiger Weihnachtsmarkt, der Groß und Klein viel Spaß macht, ist auch in diesem Jahre wieder im Karstadthaus, Hermannplatz, aufgebaut. Diesmal soll man sich die Verkäufer besonders gut ansehen. Da sind eine Menge ganz bekannter Gesichter drunter, die uns einmal im plakatierten Großformat von den Vorkäufen, das anderemal von der Filmbühnenwelt grüßen. Darsteller von Bühne und Film haben sich in den Dienst der guten Sache gestellt und treten hier als Bessertunche, als Kurstunche und als Puppenspieler auf. Vor den einzelnen Verkaufsständen gibt es oft Kleinanstellungen kleiner und auch großer Leute, ein eifriges Gerede und Gemische, aus dem sich schließlich der Satz „Mensch, das ist doch Maria Raudler“ schält. Mit fröhlicher Laune und viel Geschick wälten diese Verkäufer ihres Amtes und es fällt dabei für ein paar ganz eilige kleine Bewunderer auch mal ein Bessertunche ab. Daneben herrscht ein schwunghafter Autogrammbetrieb, denn wenn man die heimlich bewunderte Claire und die Erika, den Peter und den Oskar so leibhaftig vor sich hat, läßt man sich diese Gelegenheit natürlich nicht entgehen.

Wicht der Preis bestimmt den Wert eines Geschenkes, sondern die persönliche Note. Ruffe hat bringt zum diesjährigen Weihnachtsfest zwei Geschenkempfehlungen heraus. Die jedem Geschenk Rechnung tragen und es einem jeden ermöglichen, ohne großen Aufwandsaufwand praktisch und aufmerksam zu sein. Die zum größten Teil handgearbeitete Mittelklasse entspricht der modernen Geschmacksrichtung, während die ansatz Barockstil, vornehm in Tiefblau und Gold gehalten ist. Beide Waren sind vollkommen neutral und tragen feinsten Schmuck. Sie sind eine Anekdote für jeden Haushalt und können nach Bedarf auch weiterhin als Kaffee-, Tee-, oder Kuchenteller verwendet werden. In jeder Note liegt eine kleine Glückwunschkarte, auf die der Empfänger aus seinen Namen zu lesen braucht. Die Karte trägt folgenden Text: Du hast seit dem besten Tag, und fühlst dich durch Ruffe hoch und heilig, erfüllt mit fröhlichem kollektivem Ruffe. Kostet nur 1,50 Mark.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei häufigem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität. Sprechen im Verbrauch, Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür zurück.

Doppeltragödien Gemeinsam in den Tod

Im Hause Kopenhagener Str. 29 wurde am Freitag eine Liebestragödie entdeckt. In der Wohnung seiner Mutter wurde dort der 29 Jahre alte Händler Erich G. und seine Braut, die 24 Jahre alte Verkäuferin Charlotte K. durch Gas vergiftet leblos aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Nach dem Befund ist das junge Paar im gegenseitigen Einverständnis aus dem Leben geschieden. Das Motiv zu dem gemeinsamen Verzweckungstod ist noch unbekannt. Die Leichen sind beiseite genommen worden.

Eine zweite Tragödie wird aus der Paul-Stieler-Straße 9 in Neukölln bekannt. Hausbewohner bemerkten auf dem Treppengang Gasgeruch, der aus der Wohnung des 60 Jahre alten Kaufmanns Paul Kocktroh drang. Als auf Klopfen nicht geöffnet wurde, alarmierte man die Polizei und Feuerwehr. Die

herausging, wollte das Ehepaar freiwillig aus dem Leben scheiden. Die Gründe zur Tat sind nicht bekannt. Die Leiche des Mannes ist beiseite genommen worden.

Umweil des Halleischen Lorenz sprang gestern abend eine etwa 50 Jahre alte Frau von der Uferböschung in den Sandwehrtanal. Passanten, die durch den Aufschrei der Lebensmüden aufmerksam geworden waren, alarmierten die Feuerwehr. Obgleich es schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, die Frau zu bergen, blieben die Wiederbelebungsversuche erfolglos. Die Kriminalpolizei ist zur Zeit bemüht, die Personalien der Toten, die nach der Halle des Elisabethkrankenhaus gebracht wurde, zu ermitteln.

Der Nazianwalt Her mit der Provision!

Ein Devilshändlerprozess wie jeder andere. Interessant höchstens durch die Rolle, die bei den zur Anklage stehenden geschwätzigen Effektentörchen der nationalsozialistische Rechtsanwalt Bohne gespielt hat. Derselbe Herr Bohne, dessen politische Zensuren über Roabiter Richter und Staatsanwälte so viel Aufsehen erregt haben. Seine Gutachten schickte er an das Gaubüro der Nationalsozialistischen Partei, damit die „Schwarzen Listen“ der Justizbeamten vervollständigt werden können. Und eben dieser nationalsozialistische rassenwütige Rechtsanwalt und Justizzenzor hatte sich mit dem Polen stammenden Juden Samuel Friedlich eingelassen und ihm, dem polnischen Staatsangehörigen, sein Konto in dem jüdischen Bankhaus Treiser zu Effektentörchen zur Verfügung gestellt. Sein Bankkonto stellte er diesem „Geschäftsfreund“ zur Tätigkeit von Effektengeschäften zur Verfügung. Dafür stetzte er 2 Proz. Provision ein. Wirklich ein würdiger Berliniger der deutschen Klasse, ein außerordentlich qualifizierter Zensur der politischen Gesinnung von Richtern und

Staatsanwälten, dieser Nazianwalt Dr. Bohne. Herr Samuel Friedlich, dessen Bruder in verschiedene Strafverfahren verwickelt und deshalb süchtig ist, und dessen Vater u. a. im Spritweber-Prozess verurteilt wurde, hatte sich zwei geschwätzige Effektentörchen zuschulden kommen lassen. Im ersten Falle waren es Effekten im Werte von 27000 M., die er von seiner Nichts aus Polen erhalten und verkauft hatte. Der Erlös war aber von ihm nicht auf das Speckkonto gelegt worden. Vor Gericht erklärte er, 12000 M. davon in einem Spielklub verbrannt und den Rest für sich verbraucht zu haben. Seine Nichts sei damit einverstanden gewesen. Im zweiten Falle waren es Effekten im Werte von 57000 M. Diese Effekten wurden über das Konto des Rechtsanwalts Dr. Bohne veräußert. Nach Ansicht der Anklage stammten die Effekten aus dem Auslande.

Das Gericht ließ Rechtsanwalt Dr. Bohne und den Inhaber des Bankhauses Treiser wegen Verdachts der Mittäterschaft unvereidigt. Das Urteil gegen Herrn Friedlich lautete auf sechs Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung hieß es u. a., der Angeklagte habe es verstanden, den Rechtsanwalt Bohne als Verkäufer der Effekten zu werden. Rechtsanwalt Bohne habe seinen Namen für solche Effektengeschäfte hergegeben.

„Blumenschmuck auf dem Weihnachtstisch.“ Als Abschluss eines Fortbildungskurses für jugendliche arbeitslose Blumenbinderinnen und Gärtner, der veranstaltet wurde von der Jugendgruppe — Gärtner, Binderer — des Gesamtverbandes und dem Arbeitsamt Berlin-Mitte, Abteilung Berufsberatung, findet im Jugendheim des Gesamtverbandes, SO. 16, Engelshof 24/25, eine Ausstellung unter dem Motto: „Blumenschmuck auf dem Weihnachtstisch“ statt. Die Ausstellung ist geöffnet am Sonnabend, dem 17. Dezember, von 13—20 Uhr und am Sonntag, dem 18. Dezember, von 12—20 Uhr. Eintritt frei.

Hast Du schon ein Los?

Am 20. und 21. Dezember 1932 ist die Ziehung der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie. Lose (das Einzellos kostet 50 Pf.) sind zu haben bei den Helfern der Arbeiterwohlfahrt, in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, bei den Firmen Wertheim, Singer und Hermann Tietz.

Beamten verschafften sich Einlass und fanden Kocktroh sowie seine drei Jahre ältere Frau Elisabeth im Schlafzimmer durch Gas vergiftet regungslos auf. Die Wiederbelebungsversuche waren nur bei der Frau von Erfolg. Ihr Zustand war jedoch so ernst, daß die sofortige Überführung ins Landwälder Krankenhaus erfolgen mußte. Wie aus einem Widrigkeitschreiben

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugend-Kontakto Berlin SO 65, Lindenstraße 2, oben 1. Treppen rechts.

Weihnachtsfeier, Freizeid und Prof. Koenig heute, pünktlich 18 Uhr, im Raum der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Et.
König-Klein-Kaufmann heute, pünktlich 19 Uhr, im Saal Lindenstr. 4, 1. u. 2. Hof, 2. Et.
Weihnachtsfeier, 17 Uhr, Sitzung im Kinderkranke-Sitzungsraum, Lindenstr. 2.
Sozialistisches Orchester des SWJ.: Morgen, pünktlich 18 Uhr, Probe, Saal Lindenstr. 4.

heute, Sonnabend, 20 Uhr.

Schönhauser Vorstadt: Helmholtz, Kleiner, 33. — Südwest: Sozialistische Feier. — Johannishof: Beteiligung an der Weihnachtsfeier der Vorstadt.

Gruppen-Weihnachtsfeiern mit besonderem Programm:

Baumhütchen: Schulaula Buchhalterstr. 22, 20 Uhr: Sozialistische Feierstunde. — Kienhütchen: Weihnachtsfeier im Dresden Garten. — Schönberg II: Hauptkasseler, 20 Uhr: Aufbruch. — Weichenhof: 19 1/2 Uhr: Hoben, Gerichtstraße.

Regel: 19 1/2 Uhr im Raum, Eisenbergstr. 57-61: Winterferien-wochenende. Aus dem Programm: Gerechtigkeit, Währungsreform, Reichstagen. Ansprache des Genossen Ruzs Eising. Eintritt 20 Pf., Spendenliste 10 Pf.

Weihnachtsfeier Wrahams: Sonntag, 18. Dezember, 9 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 4, spricht Genosse Dr. Kirchner über „Das Ende der Weimarer Verfassung“ und über die Währungsreform.
Weihnachtsfeier Werra: Der Tag morgen, Sonntag, angelehnt Heimbund muß wegen Baumhütchenleiter ausfallen.
Weihnachtsfeier Wenzlawer Berg: Montag, 19. Dezember, 19 Uhr, Buchhändlerkonferenz, Sonnenburger Str. 20.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Weihnachtsfeier: Berlin S. 14, Eisenbergstr. 57-61, Hof 2 Et.
Mitte (Dunghof): Sonntag, 18. Dezember, 19 Uhr, Weihnachtsfeier bei Klamann, Spandauer Str. 6. — Wenzlawer Berg, Sportgruppe: Sonntag, 18. Dezember, 8 Uhr, vor dem Sportrestaurant Gellertstraße, zum

Bombardierung. — Weichenhof (Dunghof): Sonntag, 18. Dezember, Treffpunkt 7 Uhr, Kienhütchen. — Baumhütchen (Dunghof): Die für Sonntag angelegte Sitzung (19 1/2 Uhr) aus. — Kienhütchen (Dunghof): Unter Ausschluß des Hofes in der letzten Sitzung (19 1/2 Uhr) die Tagesordnung findet am Sonnabend, 17. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Arbeiterklub Baumhütchenweg statt. Beteiligung aller Kameraden ist Pflicht.

Deutscher republikanischer Studentenbund, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, 18. Dezember, Weihnachtsfeier in der Kienhütchen, 19 1/2 Uhr. Uffahrt Berliner Hauptbahnhof, 19 Uhr, Genossenschaftliches Büro: Kienhütchenweg über „Oben“, Sekretär Karl Böttcher; Regierungsrat Dr. Ruzs; „Reife der Republik, Arbeit der Agrarpolitik“. Anschließende Führung. Gänge willkommen.

Deutsche Liga für Menschenrechte G. V., Ortsgruppe Berlin-Mitte. Sonntag, 18. Dezember, 20 Uhr, in den Räumen der Liga für Menschenrechte, Berlin S. 24, Rönthausplatz 10, Eingänge IV/III (Eingang von der Heberstraße). Mitgliedsversammlung. Vortragsabend a. D. Hans Lange spricht über das Thema „Wird es einen Weltfrieden?“ Eingeladene Gäste willkommen.

Republikanische Rednervereinigung. Sonntag, 20 Uhr, Vortragsabend mit Diskussion im „Alten Kellner“, Anhalter Str. 11. Es spricht Herr Labbe über „Staat und Staatsmänner“, Gäste willkommen.

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

„Ja“, sagte er, „ich habe darüber nachgedacht. Es war dumm genug von ihm. Er hat alle Urache, froh zu sein, daß er so danangekommen ist. Außerdem ist zwischen den zwei Situationen ein Wesensunterschied.“

„Wieso?“
Berger wandte sich mit einem ruhigen Blick an Lüdersen. „Ist es nicht so?“
Lüdersen runzelte nur unwillig die Stirn. „Ich weiß nicht, was du meinst“, sagte er. „Das heißt, du hast natürlich ein gewisses Interesse dran, das was geschehen ist, zu vertuschen — sowohl das was dir geschah, wie das was mir geschah. Mir scheint, deine Lage war genau die gleiche wie meine. Obendrein hastest du noch mehr Zeit.“

Berger lächelte nachsichtig. „Ganz recht“, antwortete er, „eben das war das Entscheidende. Hättet ihr beiden anderen auch etwas Zeit gehabt, läge Quisthus heute nicht in einem Sarg und du wärest ohne die fleid-same Bandage.“

Lüdersen errötete heftig. „Kleidam?“ fragte er wütend.

„Ja, den Eindruck machst du.“
„Aber ich bitte, meine Herren, ich bitte.“ Der Postdirektor klopfte mit dem Zeigefinger hart und zurechtweisend auf den Schreibtisch. „Ich will davon nichts wissen. Persönliche Bemerkungen sind hier durchaus nicht am Platze. Es ist einleuchtend, daß Ihre Stellung, Herr Berger, im Vergleich zu derjenigen der beiden andern Herren recht unvorteilhaft ist. Diese taten nämlich beide ihre Pflicht voll und noch etwas darüber hinaus.“

„Und ich?“
„Ja — voll und ganz.“
„Meine Pflicht war also, zu sterben?“
„Ihre Pflicht war, die Ihnen anvertraute Kasse zu verteidigen.“
„Das ist gleichbedeutend. Anders kann ich es nicht auffassen.“

Keiner antwortete.
„Habe ich recht oder nicht?“ Er wandte sich erst an Lüdersen, der regungslos dafah und ihn stumm und hagerfüßt ansah. Dann wandte er sich an den Postdirektor. „Habe ich recht, oder nicht?“
Aber auch der Postdirektor vermied es, zu antworten. „Davon ist jetzt nicht die Rede“, sagte er. „Sie sind zu erregt, begreiflicher Weise.“

Aber Berger biß sich an der Frage fest. Er wollte sie nicht lassen, fühlte aber selbst, wie erregt er war. Er wischte sich den Schweiß von der Stirn und versuchte, die Pause nach der Antwort zu benutzen, um zur Ruhe zu kommen. Gesenkten Blickes stand er da und bemühte sich, seiner Erregung ein wenig Herr zu werden. Als er wieder aufsaß, war er ruhiger. Und er fragte leise, aber eindringlich: „Das Postwesen, das meine Arbeit für eine nicht allzu hohe Bezahlung kauft, verlangt also von mir, daß ich mein Leben wage, wenn es die Kasse gilt?“

Der Postdirektor schüttelte unwillig den Kopf. „Gott nein — verlangen tut das selbstverständlich keiner; aber so, wie Sie sich benommen haben, das sieht denn doch etwas wunderbar aus. Hier im Postzettelbericht steht's ja auch.“ Seine Hand klatschte leicht auf die Papiere, die auf dem Tisch vor ihm ausgebreitet lagen.

„Und das wird weitergeschickt an die Postverwaltung?“
„Selbstverständlich. Aber Anklage oder Disziplinarverfahren riskieren Sie kaum. Ja, das wäre wohl alles.“

Berger richtete sich auf, sein Gesicht war sehr weiß geworden. „Nun ist es genug“, sagte er. „Ich habe immer versucht, meine Pflicht zu tun — und noch ein wenig darüber hinaus. Ich habe mindestens so gute Arbeit geleistet, wie irgendeiner hier im Büro.“ Er nickte dabei unwillkürlich zu Lüdersen hinüber, der ärgerlich die Achseln zuckte. „Und“, fuhr er fort, „ist es nicht die Arbeit, wofür ich bezahlt werde? Ich habe meine Zeit verkauft, mein Leben nicht. Und ich bin froh und stolz auf das, was ich getan habe. Jeden Augenblick täte ich wieder daselbe. Ich war Quisthus' bester Freund, aber ich habe keine Lust, mit ihm zu tauschen. Ich habe keine Lust, die Leiche zu sein, die jetzt mit fetten Worten von Pflichttreue auf die Seite gebracht werden soll. Aber darauf kommt's doch nicht an.“

Der Postdirektor sah ihn halb befremdet, halb mitleidig an. „Und worauf kommt es an?“

Berger hielt seinen Blick aus. „Daß er tot ist.“
Der Postdirektor erhob sich, ärgerlich und ratlos und trat ans Fenster. Als er sich wieder umwandte, hatte eine Art herablassendes Mitleid in ihm gesiegt. „Sie können sich für Nachmittag frei bitten“, sagte

er. „Sie sind in starker Gemütsbewegung; betrachten Sie sich als krankgemeldet.“

Ein schmerzliches Staunen ging über Bergers blaßes, gequältes Gesicht. Dann sagte er mit einer wegwerfenden Bewegung des Kopfes: „Danke, ich bin nicht krank. Und meinen Dienst tue ich.“ Er wandte sich schnell zum Gehen, wurde aber von Lüdersen zurückgehalten, der sich ebenfalls erhoben hatte, mit einem Blick, in dem etwas gleichzeitig Gehässiges und Beleidigtes lag, ein aufgebracht, schweres und drohendes Ge-fränksein.

„Bitte, eine Frage“, sagte er, „bevor du gehst. Ich möchte das gern ins reine gebracht haben in Gegenwart des Herrn Postdirektors, da er ja auch das andere mit-angehört hat. — Was meinst du mit der Bemerkung, daß zwischen deiner und meiner Situation ein Wesensunterschied war?“

Berger antwortete verhältnismäßig ruhig: „Ich sagte es ja schon, du würdest plötzlich überrumpelt.“

„Ist das alles?“

Die Totenkarawane

Eine Begegnung / Von Giselher Mumm

Von der letzten Station, die wir verließen, trennte uns ein achttündiger scharfer Ritt durch eine wasserlose, öde Gegend am Rande der gefährlichen Salzwüste in Zentralpersien. Der Mond illuminierte den Jahrtausende alten Karawanenweg zwischen Kerman und Nejd, auf dem einst der berühmte Reisende des Mittelalters, Marco Polo, nach Osten gezogen war, um nachher als erster Europäer die Märchen von Tausendund-einer Nacht dem Abendlande zu verkünden. Der Europäer von heute, der auf Persiens einflamen Karawanenwegen einem bestimmten Ziele entgegenreitet, denkt sachlicher. Er sucht über die schlechten Wege, schimpft auf den schier ewig klaren Himmel und die grausame, fürchterliche Wüstensonne und ist schließlich froh, wenn er sein Ziel erreicht hat.

So auch wir beide, ein Engländer und ich, die wir von Kerman nach Nejd reiten, einer Hochzeitsfeier des englischen Telegraphendirektors in Nejd zu folgen. Ab und zu ziehen kleinere Karawanen an uns vorüber, oder einsame Pilger wallfahren nach Mekka in Arabien, um nach zwei- bis dreimonatigen Wachen dort die Segnungen der heiligen Wasser Mohammeds zu empfangen. Der heißen Sonne wegen hatten wir am Mittag in einer Teelücke am Wege Rast gemacht und bis zum Abend geschlafen, um für unseren nächtlichen Ritt neue Kräfte zu sammeln. Es war etwa gegen 2 Uhr nachts, als uns ein immer deutlicher hörbares Glockenklängen aus weiter Ferne ankündigte, daß sich eine größere Kamelkarawane vor uns be-fand, die scheinbar gleichfalls auf dem Wege nach Nejd war. Wir beschloßen, uns der Karawane da vorn anzuschließen, und setzten zu einem scharfen Galopp an. Aber schon nach einer Viertelstunde machte der vorausziehende Engländer halt. Ein unangenehmer Geruch wurde uns vom Winde entgegengetragen; je mehr wir uns der Karawane näherten, desto bedäubernder wirkte er. Wir waren der Meinung, daß wir jede Minute bei zwei, drei verendeten Pferden oder Kamelen vorüberkommen würden, die, von den Strapazen unterwegs zu Tode ermattet, hier langsam verendet waren, denn ein gläubiger Mohammedaner läßt diese unbrauchbar gewordenen Tiere nicht, sondern spannt sie aus und überläßt sie am Wege ihrem traurigen Schicksal.

Die Karawane

Als sich jedoch kurz vor uns die schattenhaften Umrisse der Männer und Kamel einer Karawane von dieser salzzerfressenen landigen, nachdunklen Ebene abhoben, gewahrten wir zu unserem größten Entsetzen, daß sich vor uns langsam eine Totenkarawane weitwärts bewegte, heilige schrittliche Tote, aus allen Gegenden des persischen Reiches gesammelt, die nach zwei- bis dreimonatigem Marsche durch halb Vorderasien schließlich in Kербela in Mesopotamien neben ihrem Glaubensheiligen Schah Imam Hussein zur letzten Ruhe beizetzt werden. „Vorwärts, vorwärts!“ rief mir der Engländer zu. Das Laßentuch vor Mund und Nase gepreßt, sprengten wir in wildem Galopp vorwärts, auf die Karawane zu, um sie des uns entgegenstehenden Windes wegen zu über-holen. Als wir leitwärts an der Karawane vorbeiritten, bemerkte ich, wie selbst die Maultiere und Kamel, die diese unheimlichen Lasten trugen, mit eingezogenen Köpfen dahinschritten. Die Treiber gingen 20 bis 30 Meter entfernt neben den Tieren und nahmen von unserem Erscheinen wenig Notiz, da sie gewohnt sind, gemieden zu werden. Zurufe, wie sie bei Handelskarawanen

Rein. — Du hörtest, daß Quisthus nebenan überfallen wurde?“

„Selbstverständlich.“
„Und du dachtest sofort an einen Ueberfall?“

Lüdersen überlegte einen Augenblick. „Rein“, antwortete er ausweichend, viel-leicht nicht gerade an einen Ueberfall. Jeden-falls aber, daß etwas los sei.“

„Wußtest du, als der Kerl zu dir herein-kam, daß Quisthus niedergemacht war?“

„Rein.“
„Du wußtest also nicht, wie ernst es war?“

„Ich wußte, daß ich es mit einem Re-polover zu tun hatte — genau wie du.“

„Ja, aber du glaubtest nicht, daß er schießen würde.“

In Lüdersen gab es einen Ruck. Er sah plötzlich sehr einfältig aus. „Wie kannst du das wissen?“

„Ich hörte ja, was du riefst.“
„Was ich rief? „Schieß, wenn du dich traust“, rief ich.“

Ein blaßes Lächeln glitt über Bergers Gesicht. „Rein“, sagte er.

Lüdersen sah ihn entgeistert an. „Alle Hagel, das hätte ich nicht gerufen?“

„Rein.“
Der Postdirektor hörte halb widerwillig, halb interessiert zu. Dann beugte er sich rasch über die Papiere auf dem Schreibtisch. Nur einen Augenblick, dann sah er auf.

„Allerdings“, sagte er, „so steht's im Be-richt.“

Berger wandte sich ihm zu. „Selbstver-ständlich, da steht es so. Den Teil hat nämlich Lüdersen diktiert.“

(Fortsetzung folgt.)

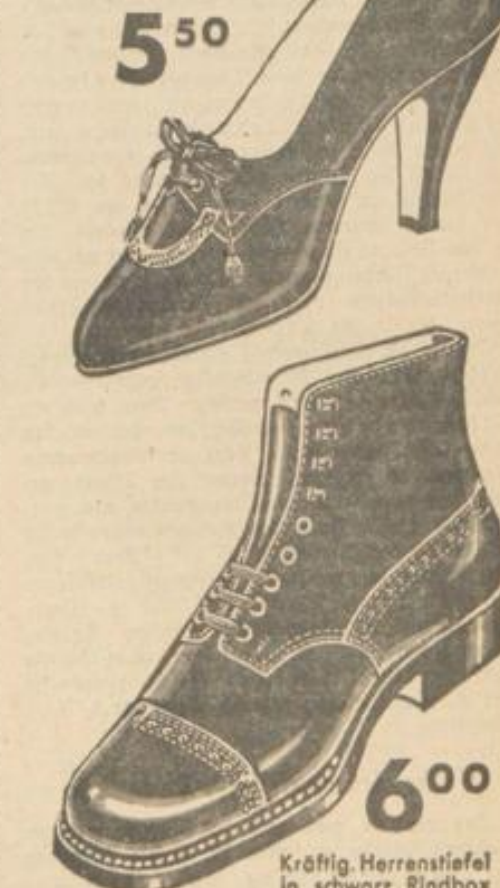
später wieder auf die Straße nach Nejd und kamen dort am anderen Morgen an.

Die fesselnde Karawane mit ihren bleichen, stumpfsmüden Begleitern und die steten tief-traurigen Blicke der Pferde und Kamel beim Marsch durch diese unbeschreiblich müde Gegend zu nachdunkler Zeit hinterließen in uns einen tiefen Eindruck, den selbst die Hochzeitsfestlich-keiten im Hause des englischen Telegraphen-direktors in Nejd nicht verwischen konnten.



Großer billiger Weihnachtsverkauf

Moderne Osenschuhe in Lack und schwarz Velourleder in verschiedenen Modellen



Unsere Strümpfe und Socken sind begehrte Geschenk-Artikel

Tack

140 eigene Verkaufsstellen, davon 22 in Groß-Berlin und Potsdam

üblich sind, waren nur selten. In ganz primitiven Bretterfärgen oder auch nur in ein Stück Leinwandtuch gehüllt lagen die Toten, wie Kisten angeknüpft, auf dem Rücken der Tiere. Stärkere Tiere führten fünf bis sechs, schwächere zwei bis drei Leichen auf dem Rücken. Die Tiere sind nur höchstens zwei bis drei Jahre lang brauchbar für eine Totenkarawane; dann kann man sie für ein Spottgeld kaufen, aber niemand will sie haben, weil sie zu anderen Arbeiten nicht mehr fähig sind. Die Unternehmer jedoch, die diese Leichen sammeln und nach Kербela führen, sollen dabei sehr viel Geld verdienen, denn es ist Ehrentage für einen wohlhabenden gläubigen Schiiten, nach seinem Tode in Kербela beigesetzt zu werden.

„Salem Aleikum“

Bald hatten wir die Spitze der Karawane erreicht, ein kurzer Grußwechsel mit dem Führer, einem alten Araber, „Salem Aleikum, Meikum Salem“, und wir ließen die Karawane in unserem Rücken. Das monotone Glockengeläute wurde immer schwächer; wunderbare kühle Nachtluft besetzte wieder Herz und Lunge, und als der Morgen dämmerte, gelangten wir bei einer kleinen Karawanenerei an und legten uns dort todmüde in den Schatten eines Granatapfelbaumes nieder. Der „Spuk der Nacht“ mochte wohl etwa 30 Kilometer hinter uns liegen.

Als wir uns um 5 Uhr Nachmittags zum letzten Nachritt fertig machten, war auch die Totenkarawane schon herangekommen und machte unge-fähr 300 Meter von der Dase entfernt Rast. Der Führer kam mit seinen Seuten in die Karawanenerei, um sich zu stärken. Bei einer Pfeife Opium erzählte er mir von all den größeren Herren, die er schon nach Kербela getragen hätte. Auf einem Pappirus waren die Namen derer ver-zeichnet, die er jetzt in die Erde bringen sollte, die dereinst das ewige Paradies der Menschheit werden würde; — laut königlicher Order, ge-schrieben und versiegelt. —

Nicht alle Toten, die die Karawane beherbergt, kommen nach Kербela. Es sind einige Frauen da-bei, die nach Kum, einen Wallfahrtsort an der Straße Teheran—Isfahan gebracht werden, um dort auf einem Frauenfriedhof, einem der größten der Welt, beigesetzt zu werden. Die Stadt-Kum wurde heilig gesprochen als Fatima, eine Ver-wandte von Imam Rizza, einem großen Schiiten, auf einer Reise durch Persien hier erkrankte und starb. Seitdem sehen es vornehme Perserinnen als ihr größtes Glück an, in der Nähe dieser heiligen Frau begraben zu werden. Auch viele Bürgerinnen kommen nach Kum, um am Grabe Fatimas Beibeseugen zu erbitten.

Hoch einmal die Toten

Bald verließen wir den alten Araber und seine Begleiter und ritten zur Karawanenerei hinaus. Als wir den Weg nach Nejd einschlagen wollten, sahen wir, daß sich die Totenkarawane in gemein-samem Abstande von der Karawanenerei direkt am Wege nach Nejd niedergelassen hatte, während sie noch vor einigen Stunden auf der andern Seite des Gebäudes gelagert hatte. Nach der Ursache dieses Platzwechsels befragt, erklärte mir einer der Eingeborenen, daß sich mittlerweile der Wind ge-dreht hätte und die Totenkarawane stets so lagere, daß der Wind die unangenehmen Düfte von den Häusern fernhält. Wir ritten nun einen Kilometer leitwärts in die Wüste hine-n, sprengten dann direkt nach Norden, gelangten drei Stunden

Aufgeschobene Bankenverluste

Ein Risikokartell, das die Zinsspanne groß hält

Wir berichteten gestern kurz von der bevorstehenden Gründung einer Deutschen Finanzierungsinstitut L.G. und einer Tilgungskasse für gewerbliche Kredite durch die Banken. Wenn die Banken die in ihrem Besitz befindlichen Aktien zu den unter dem Gesichtspunkt der Bilanzwahrheit gebotenen Kursen und ihre festgefrorenen Kredite unter Berücksichtigung der daraus möglichen Verluste in ihren Jahresbilanzen bewerten würden, dann wären wohl bei sämtlichen privaten Kreditbanken trotz der großen Sanierung vom Anfang dieses Jahres neue recht ungünstige Abschlüsse zu erwarten. Die Banken sind übereingekommen, und zwar im Einverständnis mit Reichsbank und Reichsregierung und in der Erwartung besserer Wirtschaftsverhältnisse, ihre Bilanzen so aufzustellen, daß ein großer Teil dieser neuen Verluste nicht in Erscheinung zu treten braucht. Das ist der Sinn dieser beiden Gründungen. Der Staat wird weiterhin seine Hilfe dadurch leisten, daß er die einem solchen Vorgehen entgegenstehenden Bilanzvorschriften ändert.

Die Deutsche Finanzierungsinstitut AG.

Das Institut hat 30 Millionen Kapital, von denen rund 10 Millionen Vorzugsaktien (5 Proz. Vorzugsdividende) bei Einzahlung von 25 Proz. zu gleichen Teilen der Golddiskontbank, der Akzeptbank und der Bank für Industrieobligationen gehören sollen, rund 20 Millionen Stammaktien aber von den Privatbanken voll eingezahlt werden sollen. Jede der an den 20 Millionen Stammaktien beteiligten Banken ist dann berechtigt, den zehnfachen Betrag des von ihr gezeichneten Kapitals (insgesamt 200 Millionen) in Aktien von bereits sanierten Unternehmungen bei dem Institut zu hinterlegen. Die Banken brauchen dann ihre Buchwerte für diese Aktien nicht abzuschreiben, erhalten als Gegenwert von der Akzeptbank mit zu unterschreibende Bescheide des Instituts, die ihrerseits bei der Reichsbank zu 75 Proz. des Wertes lombardiert werden können.

Für das Institut entsteht damit ein Risiko in Höhe von 75 Proz. von 200 Millionen Mark oder 150 Millionen abzüglich der Kapitaleinlage der Banken von 20 Millionen Mark. Die Reichsbank wird im Höchstfalle mit 150 Millionen Lombardkrediten mehr in Anspruch genommen. Die von den Banken eingebrachten Werte werden bei der Akzeptbank von einem Kreditausschuß begutachtet und bewertet. In Personalunion mit diesem Institut steht

die Tilgungskasse für gewerbliche Kredite.

Sie enthält einen Garantiefonds in Höhe von 30 Millionen Mark für eintretende Verluste, und darauf wird ein Höchstzins von 150 Millionen Mark aufgebaut, womit wohl zunächst die Höchstgrenze der einzubringenden Forderungen bezeichnet ist. Später will man das Höchstzins auf 300 Millionen erhöhen. Die Banken bringen in diese Tilgungskasse eingefrorene Kredite von zu sanierenden Industrieunternehmungen ein, die in der Regel mit denen identisch sein werden, von denen die Banken auch Aktien haben. Um ein Beispiel zu nennen, kann es sich um Aktien der bereits sanierten Hapag-Wolff handeln, die in das Institut eingebracht werden, und um eingefrorene Forderungen der Banken etwa an den Karstadt-Konzern oder die Vereinigten Stahlwerke, die in die Tilgungskasse kommen.

Die in die Tilgungskasse eingebrachten Forderungen sollen von den Banken spätestens in 25 Jahren getilgt werden. Dazu wird ein Tilgungsfonds gebildet, in den in den ersten vier Jahren je 1 1/2 Proz. der eingebrachten Forderungen eingezahlt werden; die Tilgung erfolgt aus dem Reingewinn der Banken, und zwar zunächst mit 1 Proz. des Reingewinnes; später erhöht sich das Verhältnis bis auf 6 Proz. Was die Banken an solchen Forderungen einbringen dürfen, bemißt sich nach der Höhe des Eigenkapitals und der Reserven der Banken. Da eine Tilgung vorgezogen ist, ist das klar zutage liegende Ziel bei dieser Transaktion, Abschreibungen in der Bilanz aufzustellen zum 31. Dezember d. J. zu vermeiden.

Volkswirtschaftliche Bedenken

Das mindeste, was zu diesen schon so weit gediehenen Plänen zu sagen ist, ist die Betonung der kaufmännischen Außergewöhnlichkeit des Verfahrens. Der Grundgedanke der Bilanzwahrheit verlangte bisher, daß kein Vermögen und keine Forderung in einer Bilanz zu einem anderen Werte stehen darf, als er tatsächlich am Bilanztermin gegeben ist. Jetzt befohlen man zukünftige Industrieerträge und zukünftige Bankgewinne mit der Tilgung von Buch- oder Betriebsverlusten, die heute schon effektiv sind und eigentlich auch heute zu tragen bzw. abzuschreiben wären. Es wird sowohl für die privaten Aktienbesitzer von Sanierungsbedürftigen Industrieunternehmungen als auch für das Effektenportefeuille der Banken die Chance geschaffen, sich auf Kosten der Zukunft in der Gegenwart reich zu rechnen.

Wenn im Wirtschaftsleben etwas auf Kosten der Zukunft geschieht, dann muß immer

irgendwer die Lasten in der Zukunft tragen. Wenn die Banken das Hineinwachen von Kurssturz jetzt schon vorzunehmen, dann können bei ihnen die aus einer Wirtschaftsbesserung zu erwartenden Kursgewinne nicht mehr als stille Reserven zutage treten. Wenn die Banken ihre eingefrorenen Forderungen heute im Werte hochhalten, statt in der gebotenen Weise abzuschreiben, dann müssen sie, da sie ja zur Tilgung verpflichtet sind, ihre Reingewinne möglichst hoch zu halten trachten. Beides führt aber zwangsläufig dazu, daß die Banken um eine möglichst große Zinsspanne zwischen dem Zinssatz, den sie gewähren, und dem Zinssatz, den sie verlangen, bemüht sein müssen.

Soweit die Dinge zu dem Ergebnis führen, daß die Aktienkurse künstlich hochgehalten und die Sanierungen möglichst milde durchgeführt werden, ist bei den in der Hauptsache betroffenen kartellierten Monopolindustrien die Gefahr gegeben, daß von diesen nicht nur auf Jahrzehnte hinaus die Kartell- und Monopolpreise möglichst hochgehalten werden, sondern daß auch ein dauernder Lohndruck von dieser Risikoverteilung ausstrahlt.

Rein begrifflich hinkt wohl das Beispiel, wenn man von einem hier zu gründenden Risikokartell zur Hochhaltung der Zinsspanne spricht; in der Sache kommt es aber darauf hinaus. Wir sind der Überzeugung, daß der Volkswirtschaft mit diesen Gründungen und den bei ihnen verfolgten Zielen ein zweifelhafter Dienst geleistet wird.

Kartellsprengung?

Der Konflikt in der Zementindustrie

Die Spannung in der Zementindustrie hat sich in den letzten Tagen so verschärft, daß man mit einer Sprengung der drei monopolistischen Kartelle in Nord-, West- und Süddeutschland rechnen muß.

Den Ausgangspunkt des Konflikts bildete die ständig wachsende Konkurrenz der außerhalb des Kartells stehenden freien Werke in Westdeutschland. Hatte die verschärfte Konkurrenz der Außenleiter schon innerhalb der Mitglieder des westdeutschen Zementkartells große Unruhe her-

vorgerufen, so ist durch das Ubergreifen der Außenleiterkonkurrenz in das Revier des süddeutschen Kartells der angehaufte Zündstoff zur Entladung gekommen.

Das süddeutsche Syndikat, das selbstverständlich jetzt auch mehr denn je unter Abfahrschwierigkeiten leidet, hat die preispolitischen Störungsmaßnahmen der westdeutschen Außenleiter übel vermerkt. Es hat daher zum Jahresende den Kartellovertrag mit dem westdeutschen Syndikat gekündigt, um in seiner Preispolitik wieder Unbundenheit zu gewinnen. Die Folgen dieser Kündigung sind vorläufig noch gar nicht abzusehen, sie können aber äußerstenfalls zu einer Sprengung der drei deutschen Zementkartelle führen.

Daten zur Konjunktur

Die deutsche Rohstahlerzeugung ist im November weiter gestiegen und hat die Höchstziffer für 1932 erreicht. An 24 Arbeitstagen wurden 546 000 Tonnen Rohstahl erzeugt, fast genau soviel wie im November vorigen Jahres. Die arbeitstäglich erzeugte Menge betrug 22 745 Tonnen gegen 20 096 Tonnen im Oktober.

Die Roheisenerzeugung ist ebenfalls erhöht. Sie betrug im November 370 500 Tonnen gegen 332 400 Tonnen im Oktober. Arbeitstäglich liegt eine Steigerung von 10 724 auf 12 351 Tonnen vor gegen 14 212 Tonnen im November vorigen Jahres. Bei der Roheisenerzeugung ist also der Stand des Vorjahres noch nicht erreicht.

Die erhebliche Vermehrung der Eisenerzeugung in den letzten Monaten hat besondere Gründe. Vor allem sind es die Reichsbahnverträge, die jetzt sehr stark belebend wirken; dazu kam die Abarbeitung früherer Ruffenaufträge und endlich die zunehmende Auffüllung der Väter im Eisenhandel. Nur das letzte Moment kann man eigentlich als konjunkturelles Besserungsmoment bezeichnen. Der deutsche Eisenverbrauch selbst liegt gegenwärtig noch außerordentlich tief. Nach den Feststellungen des Konjunkturinstituts liegt er immer noch um 80 Proz. tiefer als der des besten bisherigen Eisensjahres 1927.

Der Zementabsatz im November. Der Zementabsatz ist im November auf 178 000 gegen 246 000 Tonnen im Oktober gesunken. Die Abnahme entspricht rund 28 gegen 32 Proz. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

BVG.-Aktion vorm Arbeitsgericht

Ein unhaltbares Urteil — Unstimmigkeiten

Aus der endlosen Reihe der Kläger aus Anlaß des Verkehrsstreiks, die jetzt Tag für Tag vor dem Arbeitsgericht verhandelt werden, verdient ein Fall hervorgehoben zu werden.

Es handelt sich hier um Arbeiter der Betriebswerkstatt in der Müllerstraße. Sie hatten sich am 4. November, wo nach der Bekanntmachung der BVG die Arbeit bis 2 Uhr ausgenommen werden sollte, in ihrem Verkehrslokal versammelt, die Aufnahme der Arbeit beschlossen, ihre Namen — 119 an der Zahl — in eine Liste eingetragen, und da es ihnen wegen des Terrors auf der Straße nicht möglich schien, die Betriebsstätte ohne Gefahr zu erreichen, ihren gewerkschaftlichen Vertrauensmann Kramer mit der Liste zum Betriebsleiter, dem Ingenieur Darmstädter, geschickt.

Als Kramer vor dem Tor des Betriebs erschien, wurde er aus der dort versammelten Menge heraus als Streikbrecher und Lump beschimpft. Die Menge nahm eine drohende Haltung gegen Kramer an, ein Polizeibeamter ging gegen die Leute vor, die stoben auseinander und in diesem Augenblick gelang es Kramer, in den Betrieb und zum Ingenieur Darmstädter zu gelangen.

Darmstädter nahm die Liste entgegen und beauftragte Kramer, sich am folgenden Tage Bescheid zu holen. Da die Werkstatt am folgenden Tage, einem Sonnabend, stets geschlossen ist, so glaubte Kramer, seine Kollegen würden am Montag wieder arbeiten können. Aber am Sonnabend bekam er den Bescheid, daß sie entlassen sind.

So hat es Kramer, der einen durchaus glaubwürdigen Eindruck macht, als Zeuge befundet und Ingenieur Darmstädter hat diese Darstellung in den wesentlichsten Punkten bestätigt. An der Arbeitsbereitschaft der 119 Unterzeichner der Liste kann hiernach gar nicht gezweifelt werden.

Uebrigens soll auch nach der Aussage des Polizeihauptmanns v. Knobelsdorf keine Gefahr für die Arbeitswilligen bestanden haben, denn es habe „nur ein lebhafter Fußgängerverkehr“, verursacht durch Stillliegen der Straßenbahn, in der Müllerstraße stattgefunden. Doch, was der Polizeihauptmann nur für einen lebhaften Fußgängerverkehr ansah, das ist nach der Angabe des Zeugen Kramer die terroristische Menge, die vor dem Bahnhof ständig hin- und herging.

Das Bericht unter Vorbehalt des Assessors Dr. Euerkannte auf Abweisung der Klage (es handelt sich um einen von den 119 Unterzeichnern der

Liste) mit der Begründung, die Liste sei als Verzeichnis der Arbeitsbereiten anzusehen. Aber der Kläger hätte sich persönlich zur Arbeit melden müssen, falls er nicht daran gehindert worden wäre. Dies sei aber nicht der Fall, denn der Kläger sei nicht persönlich bedroht worden, sondern er habe sich auf die allgemeine Lage berufen. Das genüge aber nicht, um eine persönliche Gefahr für ihn zu beweisen.

Dieses Urteil widerspricht dem einfachsten Rechtsempfinden. Wir erwarten seine Aufhebung durch die Berufungsinstanz. Zu der Aussage des Polizeihauptmanns von Knobelsdorf sei darauf verwiesen, daß die Sondergerichte die harmlosen Fußgänger des Polizeihauptmanns mit Zuchthausstrafen belegt haben. Hier stimmt etwas nicht.

Buchdrucker-Jubiläum

Neuwahl des Gauvorstandes

Die Generalversammlung der Berliner Buchdrucker am Donnerstag stand im Zeichen des 70-jährigen Jubiläums des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war reich geschmückt. Genosse Schleffler hielt die Festansprache. Er dankte den infolge Alters von ihren Posten scheidenden Gauvorstandenden Braun und Albrecht für ihre langjährige, unermüdete Arbeit. Für die übrigen Gauen des Buchdruckerverbandes überbrachte der Gauvorstandende König-Halle Glückwünsche zum sechzigjährigen Jubiläum des Berliner Gaus. Der Festteil wurde durch Gesangsvorträge der „Typographia“ umrahmt.

Der Geschäftsbericht gab der Gauvorstandende Braun. Bei einem Organisationsverhältnis von 92,3 Proz. freigewerkschaftlicher Buchdrucker ist es möglich gewesen, auch über die schwierigsten Situationen hinwegzukommen. Aus der Gaukasse sind im Laufe des Jahres für Unterstützungen 647 332 Mark ausgezahlt worden. Die Organisation zählte am Schluß des Quartals 15087 Mitglieder und 1496 Lehrlinge. Arbeitslos waren am 18. November 6032 Mitglieder. Die Zahl der Invaliden ist auf 1153 gestiegen. Ein erfreuliches Zeichen gewerkschaft-

licher Solidarität ist das Ergebnis der Weihnachtsammlung. Trotz verschlechterter Arbeits- und Lohnverhältnisse sind für diesen Zweck 35000 Mark eingekommen. Diese Summe wird durch Zuschüsse aus der Gaukasse noch erhöht. Auf einstimmigen Beschluß der Versammlung wird die Extramerktführung in Beträgen von 3, 5 und 8 Mark ausgezahlt.

Schleffler berichtete über die Gauvorstanderversammlung. Die Lohnabbaunotverordnung der Regierung ist im ganzen Reich nur in 15 Betrieben durchgeführt worden. Aus finanziellen Gründen mußten Kürzungen in verschiedenen Unterstützungszweigen eintreten. Ebenfalls gestürzt wurden die Gehälter der Verbandsangestellten. Endgültig soll die Unterstützungsfrage vom nächsten Verbandstag geregelt werden, der Mitte September nächsten Jahres in Berlin stattfindet.

Zum ersten Gauvorsitzenden wurde sodann Genosse Pietsch gegen etwa 12 Stimmen bei über 700 anwesenden Delegierten gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurden Bierath und Leder, als Sekretär Tilgner, Kruse und Wendland vorgeschlagen. Vom 19. bis 24. Dezember findet Urwahl statt. Die einzelnen Kommissionen wurden wiedergewählt. Nicht bestätigt wurde der kommunistische Vertreter der Maschinenleger für den Gauvorstand Kruse. Dem Bildungsverband wurden 1500 Mark bewilligt.

Erfolg im Gesamtverband

Nazi-kommunistische Aufklärung

Die im Oktober d. J. eingeleitete Werbekampagne des Gesamtverbandes weist in allen Bezirken erhebliche Erfolge auf. Nach den Berichten aus etwa 450 Ortsvereinigungen von insgesamt 920 sind als Ergebnis der bisherigen Werbetätigkeit rund 6000 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist die Berufungstätigkeit eine überaus rege. Durch Hausagitation ist es gelungen, Tausende von Mitgliedern, die in ihrer Beitragsleistung säumig geworden waren, zur Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft zu bewegen.

Besonders erfreulich sind die Ergebnisse aus Berlin, wo trotz aller Aktionen und Versuche der NSD. und der Nazis, den Gesamtverband zu schädigen, die Werbetätigkeit auf besonders fruchtbaren Boden gefallen ist. In der Ortsverwaltung Berlin sind bis zum 1. Dezember 1932 rund 2000 Neuaufnahmen zu verzeichnen, wobei besonders erfreulich ist, daß der Versammlungsbefuch in den Betriebsversammlungen der NSD. ein ausgezeichnetes Ergebnis erzielt werden kann und in diesen Betrieben die Neuaufnahmen für die Organisation besonders zahlreich sind.

Mit dieser Feststellung ist das Geschrei erledigt, die ablehnende Haltung des Gesamtverbandes gegenüber der nazikommunistischen Wahlaktion in der BVG, habe irgendwie die Anziehungskraft des Verbandes geschwächt. Die schwere Niederlage, die die politischen Drahtzieher den gutgläubigen Nachläufern bereitet, hat aufklärend gewirkt.

Einzelhandelsstarif

Urlaub der Handelsarbeiter gesichert

Beim letzten Neuabschluß des Mantelstarifs für die Handelsarbeiter im Berliner Einzelhandel war vereinbart worden, daß der Vertrag unverändert ein Jahr weiter läuft, wenn er nicht zum 31. Dezember d. J. gekündigt wird. Der Arbeitsverband im Berliner Einzelhandel hatte den Vertrag zwar nicht gekündigt, aber seine Kündigung in Aussicht gestellt, falls sich der Gesamtverband nicht mit einer Vertüzung der Laufzeit des Vertrages bis Ende März einverstanden erklären würde. Da aber das Dritte Reich, in dem der Wunsch der Unternehmer einem Befehl an die Gewerkschaften gleichtäte, in sehr weiter Ferne liegt, mußten sich die Berliner Einzelhändler wohl oder übel zu Verhandlungen mit dem Gesamtverband bequemen, bei denen es schließlich gelang, die Vertragsdauer bis zum 28. April zu befristen. Mit dieser Änderung des Ablauftermins ist erreicht worden, daß allen Handelsarbeitern des Einzelhandels der Urlaub für das Jahr 1933 gesichert ist, da der Urlaubsanspruch laut Tarifvertrag am 1. April beginnt.

Um die Bergarbeiterlöhne

Eigener Bericht des „Vormärts“

London, 16. Dezember.

Zwischen den Gewerkschaften der Bergarbeiter und den Jechenbesitzern fand eine ernste Besprechung über die Neuregelung der Löhne statt. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen Ende Januar. Die Unternehmer zeigen sich widerpenstig. Dazu bemerkt der „Daily Herald“ heute, daß die Haltung der Unternehmer keinen glücklichen Anfang für die Lösung eines so brennenden Problems bedeute. Das Blatt weist darauf hin, daß die Eisenbahnen mit den Gewerkschaften seit Wochen vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß über das Lohnproblem verhandeln, und fragt, warum nun ausgerechnet die Grubenunternehmer dies nicht tun wollen.